



lebensministerium.at

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIN
FÜR FRAUEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST

 **BMF**
BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

bmwfi
Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

BM.W.F^a

 BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT

 Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

bm:uk Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

 **bmask.gyat**

BM.I 

bmvtf

Bundesministerium
für Verkehr,
Innovation und Technologie

Auf dem Weg zu einem Nachhaltigen Österreich



NACHHALTIG FÜR NATUR UND MENSCH SUSTAINABLE FOR NATURE AND MANKIND

Lebensqualität / *Quality of life*

Wir schaffen und sichern die Voraussetzungen für eine hohe Qualität des Lebens in Österreich.

We create and we safeguard the prerequisites for a high quality of life in Austria.

Lebensgrundlagen / *Bases of life*

Wir stehen für vorsorgende Verwaltung und verantwortungsvolle Nutzung der Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, Energie und biologische Vielfalt.

We stand for a preventive preservation and responsible use of the bases of life, soil, water, air, energy, and biodiversity.

Lebensraum / *Living environment*

Wir setzen uns für eine umweltgerechte Entwicklung und den Schutz der Lebensräume in Stadt und Land ein.

We support an environmentally benign development and the protection of living environments in urban and rural areas.

Lebensmittel / *Food*

Wir sorgen für die nachhaltige Produktion insbesondere sicherer und hochwertiger Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe.

We provide for the sustainable production in particular of safe and high-quality foodstuffs and of renewable resources.

IMPRESSUM

gemäß „Mediengesetz mit Novelle 2005“ BGBl.Nr. 314/1981 i.d.F. BGBl. I Nr. 49/2005

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft,
Stubenring 1, 1012 Wien, Österreich

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Vorwort	3
Übersicht über Themenfelder und gewählte Headline-Indikatoren für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung	4
Trendbeurteilung	5
ER 1 Body-Mass-Index	6
WS 1 Kleinräumige soziale <i>und funktionelle</i> Durchmischung	7-8
GW 1 Lebenserwartung in guter Gesundheit	9
BF 1 Bildungsstand der Jugendlichen (20-24)	10
IG 1 Höhe der Entwicklungshilfe	11
GE 1 Einkommensverteilung (oberstes/unterstes Quintil)	12
AR 1 Gesamtarbeitslosenquote nach Alter, Geschlecht und nach höchster abgeschlossener Ausbildung	13-14
WO 1 BIP pro Kopf	15
GP 1 Vertrauen der Österreicher/innen in Institutionen	16-17
FS 1 Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers	18
KK 1 Kulturausgaben	19
FZ 1a Vereinbarkeit von Beruf und Freizeit	20
MO 1 Zugang der Bevölkerung zu Mobilität (Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel)	21
FH 1 Autoritarismusindex	22
KL 1 Treibhausgasemissionen (nach Sektoren gegliedert)	23-24
LU 1 Überschreitungen des Grenzwertes für PM10	25-26
ST 1 UV-Strahlungsintensität	27
ES 1 Energieverbrauch absolut und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt	28
ES 2 Materialeinsatz (DMC und DMI)	29
LA 1a Änderung der Flächennutzung (Wald, Grünland/Acker)	30-31
ÖK 1 Vogelartengruppen und Orchideen als Zeiger für Lebensrauhqualität	32-33
WA 1a Fließgewässer: Ökologischer und chemischer Zustand	34-35-36
WA 2 Grundwasserqualität	37-38-39
BO 1a Anteil der versiegelten Fläche	40-41
TS 1a Verbrauch bestimmter Stoffe	42
LÄ 1 Lärmbelästigung	43





Foto: BMLFUW / Newman

Auf dem Weg zu einem Nachhaltigen Österreich

Österreich geht den Weg einer Nachhaltigen Entwicklung, ist also auf dem Weg zum Ziel, das die Bundesregierung in der österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung vorgegeben hat. Durch nachhaltige Entwicklung soll für unser Land mehr Lebensqualität, mehr wirtschaftliche Dynamik, ein intakter Lebensraum und eine aktive Rolle in Europa und der Welt erreicht werden.

Alle sind aufgefordert, dieses Ziel zu unterstützen. Das Lebensministerium setzt dazu Initiativen im eigenen Bereich, wie etwa die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten land- und forstwirtschaftlichen Produktion, schwerpunktmäßige Maßnahmen für sauberes Wasser, den Umweltschutz und die Entwicklung des ländlichen Raums. Um die Fortschritte auf diesem Weg zu erkennen, ist eine verlässliche und transparente Erfolgskontrolle notwendig. Indikatoren können die wesentlichen Entwicklungen sichtbar machen.

Die Broschüre liefert mit den 26 dargestellten Indikatoren hierzu eine kompakte Grundlage. Die Indikatoren stammen aus dem Indikatoren-Set, das für die gesamthafte Bewertung nachhaltiger Entwicklung in Österreich nach einem breiten Diskussionsprozess unter Einbeziehung aller Zielgruppen ausgewählt wurde. Sie beleuchten schlaglichtartig die Entwicklung in den als für nachhaltige Entwicklung wesentlich identifizierten Themenfeldern.

Das Lebensministerium koordiniert die Sammlung der Daten für die vorliegende zusammenfassende Darstellung der Indikatoren. Mein Dank gilt daher auch den beteiligten Ministerien.

Niki Berlakovich
Landwirtschafts- und Umweltminister

Übersicht über Themenfelder und gewählte Headline-Indikatoren für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung

Themenfelder	Headline-Indikatoren
<i>Ernährung</i>	ER 1 Body-Mass-Index
<i>Wohnen und Siedlungsraum</i>	WS 1 Kleinräumige soziale <i>und funktionelle</i> Durchmischung
<i>Gesundheit und Wohlbefinden</i>	GW 1 Lebenserwartung in guter Gesundheit
<i>Bildung und Forschung</i>	BF 1 Bildungsstand der Jugendlichen 20-24
<i>Internationale Gerechtigkeit</i>	IG 1 Höhe der Entwicklungshilfe
<i>Intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit</i>	GE 1 Einkommensverteilung (oberstes/unterstes Quintil)
<i>Arbeit</i>	AR 1 Gesamtarbeitslosenquote nach Alter, nach Geschlecht und nach höchster abgeschlossener Ausbildung
<i>Wohlstand</i>	WO 1 BIP pro Kopf
<i>Governance und Partizipation</i>	GP 1 Vertrauen der Österreicher/innen in Institutionen
<i>Frieden und Sicherheit</i>	FS 1 Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers
<i>Kultur und Kunst</i>	KK 1 Kulturausgaben
<i>Freizeit</i>	FZ 1 <i>Zufriedenheit mit der Freizeitgestaltung</i> FZ 1a Vereinbarkeit von Beruf und Familie
<i>Mobilität</i>	MO 1 Zugang der Bevölkerung zu Mobilität
<i>Freiheit</i>	FH 1 Autoritarismusindex
<i>Klima</i>	KL 1 Treibhausgasemissionen
<i>Luft</i>	LU 1 Überschreitungen des Grenzwerts für PM10
<i>UV-Strahlung</i>	ST 1 UV-Strahlungsintensität
<i>Ionisierende Strahlung</i>	
<i>Energieflüsse und Stoffströme</i>	ES 1 Energieverbrauch absolut und in Relation zum BIP (Bruttoinlandsverbrauch und Energetischer Endverbrauch)
	ES 2 Materialeinsatz (DMC und DMI)
<i>Landschaft</i>	LA 1 <i>Landschaftsveränderung</i>
	LA 1a Änderung der Flächennutzung (Wald, Grünland/Acker)
<i>Ökosysteme</i>	ÖK 1 Vogelartengruppen und Orchideen als Zeiger für Lebensraumqualität

Themenfelder	Headline-Indikatoren
Wasser	WA 1 <i>Qualität von Oberflächenwasser (Ökomorphologie)</i> WA 1a Fließgewässer: Ökologischer und chemischer Zustand
	WA 2 Grundwasserqualität
Boden	BO 1 <i>Bodenverbrauch</i> BO 1a Anteil der versiegelten Fläche
	TS 1 <i>Chemikalien-Index</i> TS 1a Verbrauch bestimmter Stoffe
Lärm	LÄ 1 Lärmbelästigung

Kursivschreibung eines Indikatornamens:

als „benötigt“ qualifizierter Indikator, für den derzeit keine Daten oder nicht in zufrieden stellender Qualität zur Verfügung stehen, oder bedeutet, dass Definitionsprobleme bestehen.

„a“ nach der Nummer eines Indikators:

als „verfügbar“ qualifizierter Indikator, statt des „benötigten“ gewählt

Für eine umfassendere Beschreibung der beobachteten Entwicklung wurden 56 weitere Indikatoren ausgewählt. Im Indikatoren-Bericht 2009 sind diese dargestellt. Sie können ihn sowie auch diese Broschüre unter <http://www.umweltnet.at/article/articleview/26304/1/6914/> herunterladen.

Trendbeurteilung

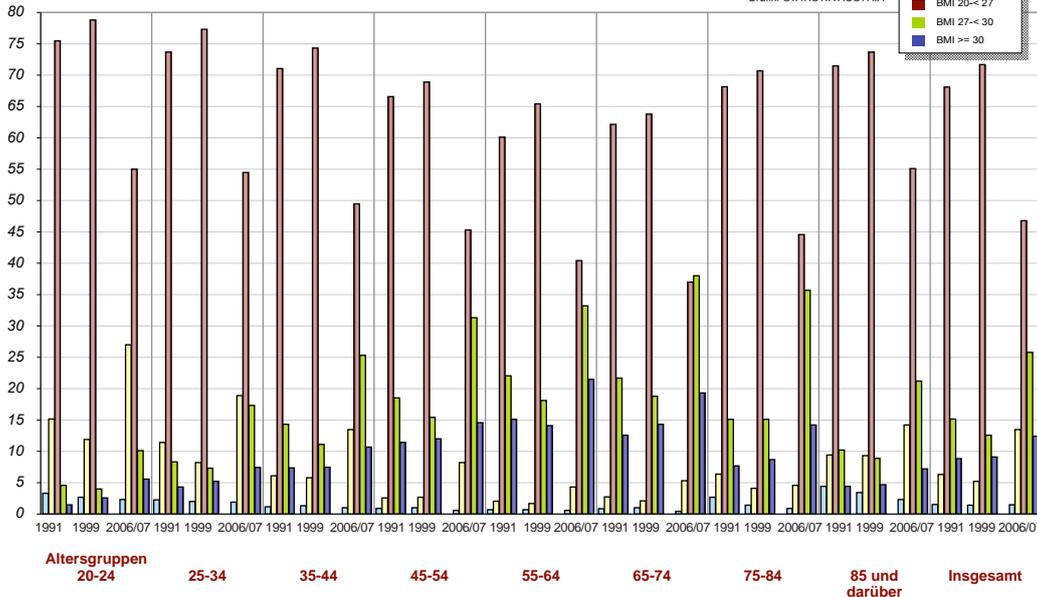
Aus der Zusammenschau aller Indikatoren ergibt sich ein differenziertes Bild der Entwicklung in Österreich: Bei vielen dem sozialen Bereich zuzurechnenden Themen ist ein positiver Trend festzustellen, wie beispielsweise der Lebenserwartung und der Bildung. Auffallend ist ein Steigen des Body-Mass-Index in allen Altersgruppen der Bevölkerung. Das BIP ist gestiegen, die Kaufkraft hat im EU-Vergleich geringfügig abgenommen, liegt jedoch über dem EU-Durchschnitt, das Einkommen der Haushalte ist stabil geblieben. Bis 2008 sind die Arbeitslosenquoten gesunken, die Arbeitnehmer haben 2008 ihre Perspektiven aber bereits schlechter eingeschätzt. Die Einkommensunterschiede zwischen den Gruppen (Männern und Frauen sowie Haushalten mit höchsten und niedrigsten Einkommen) haben sich verringert. Dem gegenüber stehen Bereiche, in denen es noch nicht gelungen ist, die steigenden Trends zu brechen, wie beim Ressourcenverbrauch, der Flächenversiegelung oder den Emissionen von Treibhausgasen. Zur Erreichung der dafür festgelegten Ziele sind noch zusätzliche Anstrengungen erforderlich.

ER 1 Body-Mass-Index

Body-Mass-Index nach Altersgruppen 1991, 1999 und 2006/07

in %

Quelle: GÖG-ÖBIG, STATISTIK AUSTRIA
Grafik: STATISTIK AUSTRIA



Datenquellen:

Statistik Austria - Mikrozensus 1991, 1999; GÖG-ÖBIG (Gesundheit Österreich GmbH, -Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen) 2007

Definition:

Der Body-Mass-Index (BMI) wird aus Körpergewicht und Körpergröße errechnet:

$BMI = \text{Körpergewicht} / (\text{Körpergröße})^2$ [in kg/m^2].

Der Body-Mass-Index gibt Aufschluss darüber, ob eine Person normal-, über- oder untergewichtig ist. Seit 1998 hat die WHO (Weltgesundheitsorganisation) den Bereich von 18,5 bis unter 25,0 als Normalgewicht festgelegt, den Bereich darunter als Untergewicht, darüber bis unter 30 als leichtes Übergewicht und ab einem BMI von 30 und mehr als starkes Übergewicht.

Die Darstellung bezieht sich noch auf die vorhergehende Definition, bei der erst ein BMI von 27 und mehr als Übergewicht klassifiziert wurde. Zu erkennen ist jedenfalls, dass sich von 1991 bis 2006/2007 der Anteil übergewichtiger und stark übergewichtiger Personen in allen Altersgruppen erhöht hat.

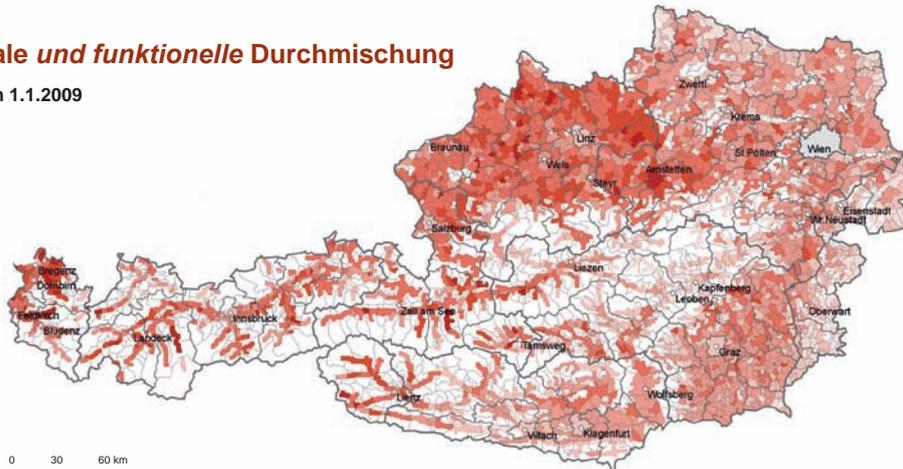
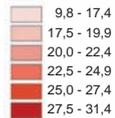
Starkes Übergewicht gilt als wichtiger Risikofaktor für die Entwicklung von u.a. Herz-Kreislauferkrankungen und Diabetes mellitus.

Headline-Indikator „Wohnen und Siedlungsraum“

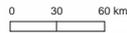
WS 1 Klenräumige soziale und funktionelle Durchmischung

Bevölkerung der 0 bis 19-Jährigen am 1.1.2009

Anteil der 0 – 19-Jährigen
an der Gesamtbevölkerung



— Grenzen der Gemeinden
□ Wald, Almen und Ödland

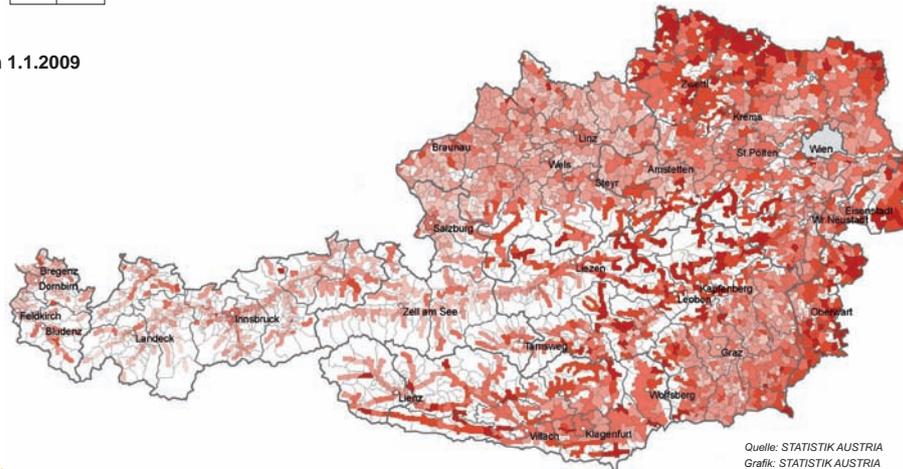
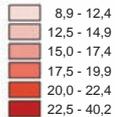


Datenquelle:
Statistik Austria; Statistik
des Bevölkerungsstandes

Definition:
Erfasst wird die
Wohnbevölkerung mit
Hauptwohnsitz und einem
Mindestaufenthalt von
>90 Tagen.

Bevölkerung der über 64-Jährigen am 1.1.2009

Anteil der 64-Jährigen
an der Gesamtbevölkerung



Quelle: STATISTIK AUSTRIA
Grafik: STATISTIK AUSTRIA

WS 1 Kleinräumige soziale und funktionelle Durchmischung

Die Karten zeigen den Anteil der 0-19-Jährigen bzw. über 64-Jährigen einer Gemeinde an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Gemeinde, für Wien bezüglich der 23 Gemeindebezirke. Mit dem roten Farbton, der sich aus dem resultierenden Prozentwert nach der in der Grafik angegebenen Skala ergibt, wurde der Dauersiedlungsraum der jeweiligen Gemeinde (des Wiener Gemeindebezirks) eingefärbt. Die nicht bewohnbaren Flächen Wald, Almen, Ödland, Gewässer wurden weiß gelassen, um die Größe des von der dargestellten Anteilsstruktur betroffenen Gebiets vor Augen zu führen.

Die Karten zeigen starke regionale Unterschiede der Altersstruktur der Bevölkerung.

In einigen kleinen Gemeinden Tirols und Vorarlbergs erreicht der Anteil der Kinder und Jugendlichen knapp über 30 %. Dies ist das Ergebnis überdurchschnittlicher Fertilität sowie anhaltend hoher Zuwanderung vor allem jüngerer Personen aus dem Ausland. In manchen Gemeinden im Burgenland, Niederösterreichs und der Steiermark sowie in den inneren

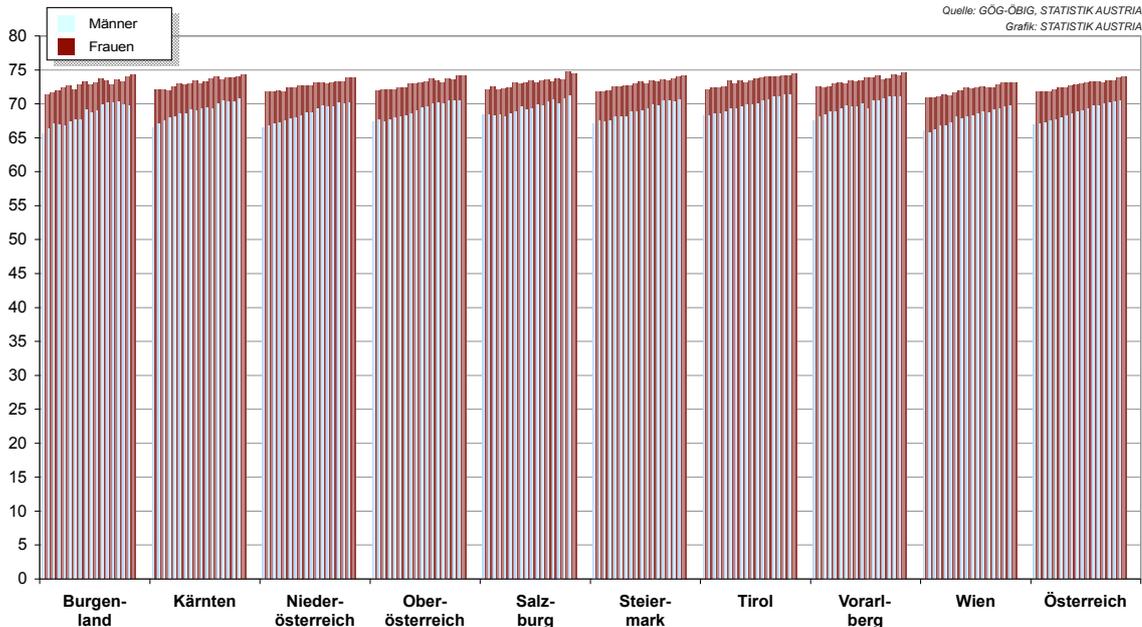
Bezirken Wiens liegen die Anteilswerte der 0-19-Jährigen hingegen nur zwischen 10 % und 15 %.

Der österreichische Durchschnitt für den Anteil der Personen im Rentenalter betrug mit Stichtag 1.1.2009 17 % der Gesamtbevölkerung. In knapp einem Viertel der Gemeinden lag der Anteil der 65- und Mehrjährigen unter 15 %. Auch in den Wiener Bezirken Neubau und Rudolfsheim-Fünfhaus war der Anteil der älteren Personen relativ gering. Nur rund ein Fünftel aller Gemeinden hatte einen Anteil der über 64-Jährigen von mehr als 20 % der Wohnbevölkerung. Diese sind vor allem in den Grenzregionen des Nordens und Ostens Österreichs sowie in den östlichen Alpentälern zu finden.

Die Bevölkerungsstruktur ist eine wesentliche Grundlage für Entscheidungen über infrastrukturelle und sozialpolitische Aufgaben. Der Indikator illustriert, in wie weit das für nachhaltige Entwicklung formulierte Ziel von sozial kleinräumiger Durchmischung erreicht ist. Um das weitere formulierte Ziel einer funktionellen Durchmischung darzustellen, ist noch Entwicklungsarbeit erforderlich.

GW 1 Lebenserwartung in guter Gesundheit

Lebenserwartung in guter Gesundheit bei der Geburt nach Bundesländern und Geschlecht 1991 – 2007



Datenquellen:

Statistik Austria - Todesursachenstatistik 1991-2007, Mikrozensus-Sonderprogramme „Fragen zur Gesundheit“ 1991 und 1999; GÖG/ÖBIG (Gesundheit Österreich GmbH - Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen) - eigene Berechnungen

Definitionen:

Basis für den Indikator ist die Lebenserwartung, die sich aus der Bevölkerungsentwicklung ableitet. Die „gute Gesundheit“ wird auf Grund folgender Frage bewertet: „Wie ist Ihr allgemeiner Gesundheitszustand?“ Die Antworten können lauten: Sehr gut, Gut, Mittelmäßig, Schlecht, Sehr schlecht, Keine Angabe.

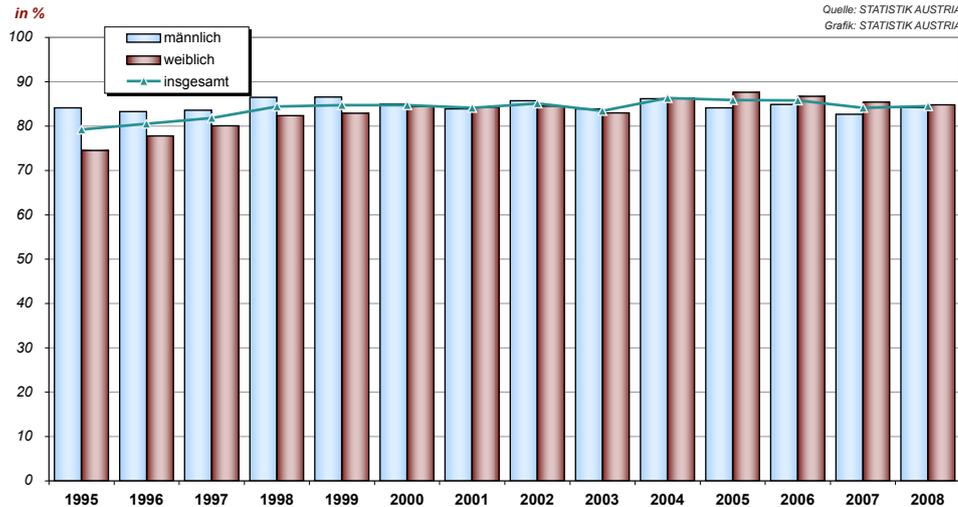
Die Lebenserwartung der österreichischen Bevölkerung ist ständig im Steigen begriffen, wobei jene der Männer unter jener der Frauen liegt. Der Abstand hat sich jedoch in den letzten Jahren etwas verkürzt. Die höchste Lebenserwartung haben Einwohner der Bundesländer Tirol und Vorarl-

berg, die geringste ist in Wien gegeben. Die Gründe für diesen Unterschied sind nicht klar, jedoch ist bekannt, dass in den westlichen Bundesländern der Anteil von Personen mit gesundheitlichen Risikofaktoren (wie z.B. Übergewicht) niedriger ist, als in den östlichen Bundesländern.

BF 1 Bildungsstand der Jugendlichen (20 – 24)

Bildungsstand der Jugendlichen 1995 – 2008

(Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss)



2003, 2004, 2006: Zeitreihenunterbrechungen

Im Beobachtungszeitraum 1995 bis 2008 ist insgesamt ein Anstieg des Anteils Jugendlicher mit abgeschlossener Ausbildung auf Sekundarstufe II von 79,2 % auf 84,5 % festzustellen. Es sind jedoch vor allem Frauen, die von einer höheren Bildungsbeteiligung profitierten (Anstieg von 74,5 % auf 84,8 %), während bei Männern nur relativ wenig Änderung eintrat.

Auf Grund von methodischen Änderungen gab es Brüche in der Erhebung, zwischen 2002 und 2003 sowie 2005 und 2006 kleinere und zwischen 2003 und 2004 einen deutlichen Bruch. Bei den geringen jährlichen Schwankungen ist ferner zu berücksichtigen, dass sie oft im Bereich des Stichprobenfehlers liegen.

Datenquelle:

Statistik Austria, bis 2003 Mikrozensus (Durchschnitt der Monate März, Juni, September und Dezember); ab 2004 Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Durchschnitt aller Wochen eines Jahres).

Definitionen:

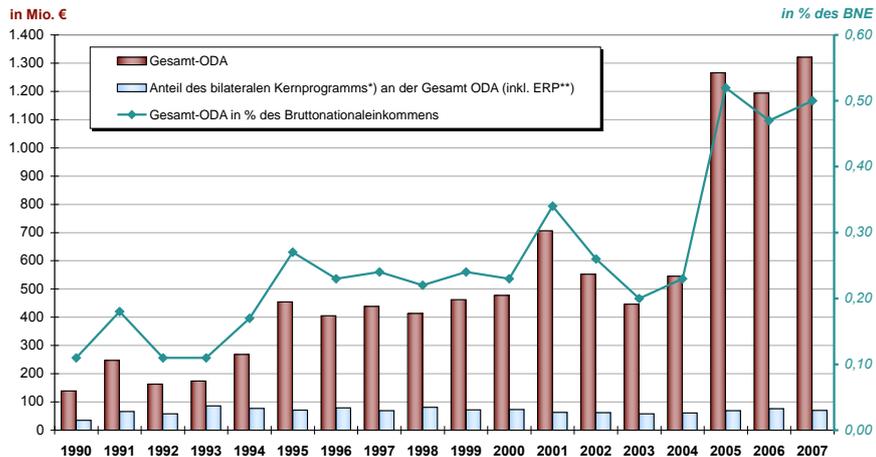
Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens einem Abschluss der Sekundarstufe II, d.h. mit einem Bildungsabschluss auf ISCED-Ebene 3 oder höher.

Im Zähler stehen die Personen, die einen über die Pflichtschule (bzw. die 8. Schulstufe) hinausgehenden Bildungsabschluss erreichten (Lehrabschluss, mittlere oder höhere Schule sowie post-sekundäre Ausbildung). ISCED 3c kurz (entspricht mittleren Schulen mit weniger als zwei Jahren Ausbildungsdauer) ist nach neuesten EU-Vorgaben nicht als Abschluss der Sekundarstufe II zu zählen. Eine entsprechende Frage war ab 2006 verpflichtender Teil des Fragenprogramms der Arbeitskräfteerhebung, weshalb dies in der Zeitreihe ab 2006 berücksichtigt werden konnte. Die ebenfalls unter ISCED 3c kurz eingeordnete Polytechnische Schule wurde als Abschluss ohnehin immer unter Pflichtschule subsumiert, weshalb sich keine nennenswerten Auswirkungen ergeben.

Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe ohne die Personen, welche die Frage nach der höchsten abgeschlossenen Bildung nicht beantworteten.

IG 1 Höhe der Entwicklungshilfe

Höhe der Entwicklungshilfe ODA (Official Development Assistance) 1990 – 2007



*) Bilaterales Kernprogramm - Österreichische Entwicklungshilfe (OEZA)
 **) ERP: European Recovery Program – Mittel aus dem ERP-Fonds

Quelle: BMEIA STATISTIK AUSTRIA
 Grafik: STATISTIK AUSTRIA

In Bezug auf „nationale Gestaltungsmöglichkeiten“ ist anzumerken, dass die entwicklungspolitische Gestaltung weitgehend auf den Kernbudgetbereich für Entwicklungszusammenarbeit beschränkt ist, der seit 2004 von der Austrian Development Agency (ADA) verwaltet wird. Dieser Budgetbereich wird in der Datenreihe getrennt (als der in der Gesamt-ODA enthaltene Anteil) ausgewiesen. Für die strategischen Vorgaben ist die Sektion für Entwicklungszusammenarbeit sowie Kooperation mit den mittel- und

Datenquellen:
 Statistik Austria, BMEIA

Definitionen:
 Die Ermittlung der ODA-Quote (öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent des Bruttonationaleinkommens) erfolgt nach dem im Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) vereinbarten Richtlinienwerk.

Nicht alle Finanzflüsse von Industrieländern an Entwicklungsländer, die möglicherweise letztendlich der wirtschaftlichen Entwicklung des Ziellandes dienen, gelten jedoch als Entwicklungshilfe (z.B. Direktinvestitionen, Exportkreditflüsse u. Ä.).

Die präsentierten Daten entsprechen den von Österreich – unter Beachtung der Richtlinien – an OECD/DAC gemeldeten ODA-Werten.

osteuropäischen Staaten im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten zuständig.

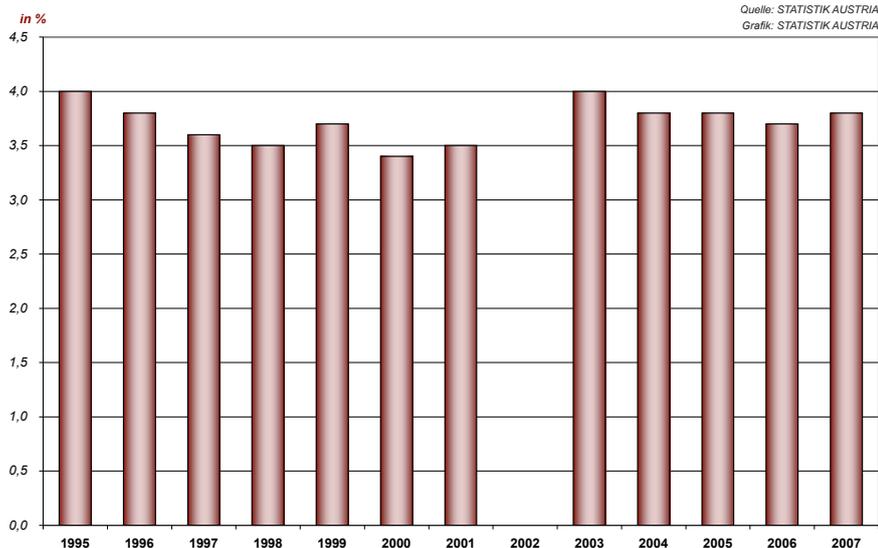
Jene ODA-Anteile, die außerhalb dieses Kernbereichs liegen, sind häufig durch andere Faktoren und nicht so sehr durch entwicklungspolitisches Handeln bestimmt. Beispielsweise kommt es im Bereich der multilateralen ODA zu Spitzen oder Einbrüchen durch den Rhythmus der Auffüllung von Fonds bzw. Kapitalaufstockungen bei multilateralen Gebern. Bei Flüchtlings-, Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe ist eine längerfristige Budgetplanung kaum möglich. Im Bereich der Entschuldung – die in manchen Jahren einen beträchtlichen Anteil an der ODA ausmachen kann – sind multilaterale Abläufe im Pariser

Klub bestimmend. In diesem Sinn ist die Aussagekraft des Indikators ODA-Quote eingeschränkt.

Österreich hat dem EU-Fahrplan zur Erreichung des 0,7 % ODA-Ziels bis 2015 zugestimmt. 2007 erzielte Österreich eine ODA-Quote von 0,50 %. Damit wurde das ODA-Ziel von 0,33 % nicht nur erreicht, sondern, wie bereits in den Vorjahren, übertroffen.

GE 1 Einkommensverteilung (oberstes/unterstes Quintil)

Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilungsquintil) 1995 – 2007



2002: Unterbrechung und neue Erhebung ab 2003

Datenquelle:

Statistik Austria, EU-SILC 2007

Definition:

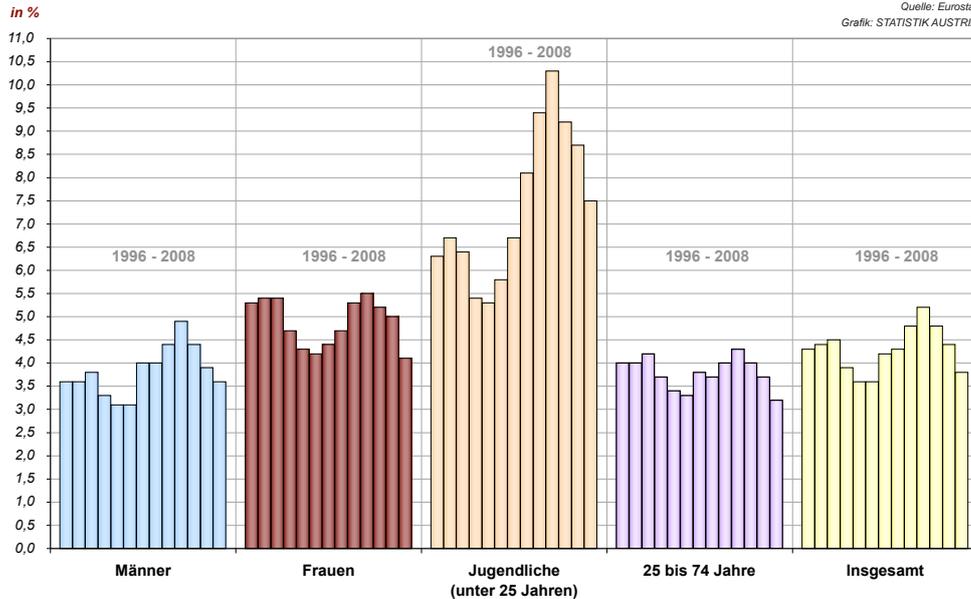
Angegeben wird das Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden: Das Äquivalenzeinkommen errechnet sich aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe der Personengewichte im Haushalt. Die Personengewichte werden auf Basis der EU-Skala berechnet: erste Person = 1,0; zweite und jede weitere Person = 0,5 außer Kinder jünger als 14 Jahre = 0,3.

Die Ungleichheit bei den Haushaltsäquivalenzeinkommen ist von 1995 bis 2001 geringer geworden. Das Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensfünftels war 1995 4 mal und 2001 3,5 mal höher als das des untersten Einkommensfünftels. 2003 wurde der Indikator erstmals auf Ba-

sis der neuen Quelle EU-SILC berechnet und betrug 4,0. 2004 und 2005 lag er bei 3,8, 2006 bei 3,7 und 2007 wieder bei 3,8. Die Einkommensungleichheit ist in Österreich geringer als im EU-Durchschnitt (2007 EU-27: 4,8, EU-15: 4,9).

AR 1 Gesamtarbeitslosenquote nach Alter, nach Geschlecht und nach höchster abgeschlossener Ausbildung

Arbeitslosenquoten 1996 – 2008



Datenquelle:
Eurostat, Strukturindikatoren, New Cronos Datenbank

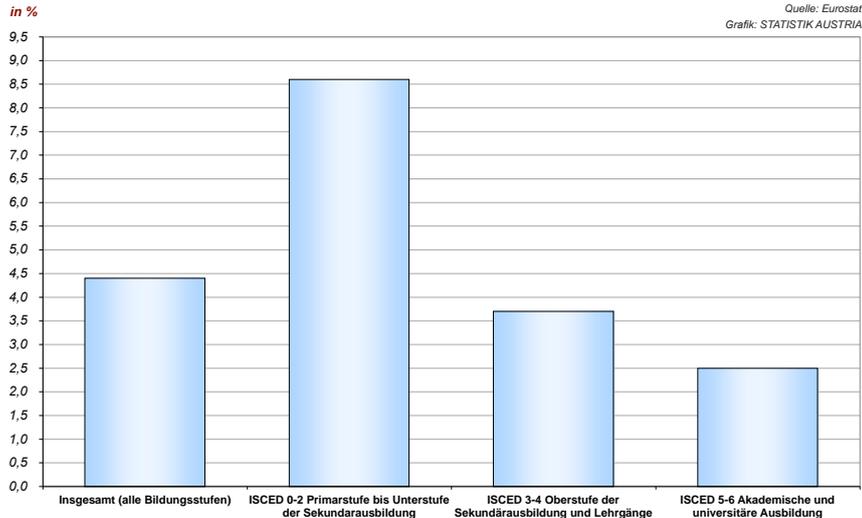
Definitionen:
Die Arbeitslosenquote gemäß dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) umfasst die Arbeitslosenpopulation im Alter von 15 bis 74 Jahren in Prozent der Erwerbspersonen der Altersgruppe. Die Zahl der Erwerbspersonen ist die Summe der Erwerbstätigen (selbständig oder unselbständig Beschäftigten) und der Arbeitslosen.

Arbeitslose sind nicht in Anstaltshaushalten lebende Personen, die nicht erwerbstätig sind, für eine Arbeitsaufnahme innerhalb der folgenden zwei Wochen zur Verfügung stehen und sich auf Arbeitssuche befinden (d.h. während der vorhergehenden vier Wochen aktiv nach Arbeit gesucht haben, oder sich nicht mehr um eine Stelle bemühen, weil sie bereits eine Arbeit gefunden haben, die sie in maximal drei Monaten antreten).

2004: Zeitreihenbruch

AR 1 Gesamtarbeitslosenquote nach Alter, nach Geschlecht und nach höchster abgeschlossener Ausbildung

Arbeitslosenquote nach höchster abgeschlossener Ausbildung 2007



Die Arbeitslosenquote war in Österreich im Jahresdurchschnitt 2008 deutlich rückläufig. Im internationalen Vergleich lag Österreich 2008 an drittbesten Stelle im EU-27 Raum hinter den Niederlanden und Dänemark. Die errechnete Quote für den EU-27-Raum lag bei 7,0 %. Mit 3,8 % im Jahresdurchschnitt war sie um 0,6 Prozentpunkte geringer als im Jahr 2007, wobei die Arbeitslosenquote der Frauen mit -0,9 Prozentpunkten auf 4,1 % merklich stärker rückläufig war als die der Männer mit -0,3 Prozentpunkten auf 3,6 %.

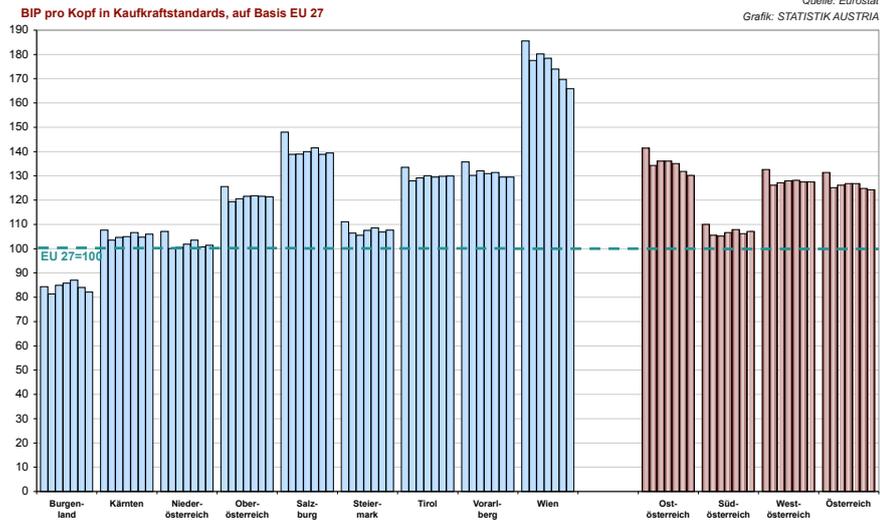
Die Jugendarbeitslosenquote sank 2008 um 1,2 Prozentpunkte auf 7,5 %, der Rückgang bei den männlichen Jugendlichen betrug 1,1 Prozentpunkte

(7,2 %), bei den weiblichen Jugendlichen 1,3 Prozentpunkte (7,8 %). Damit war die österreichische Jugendarbeitslosigkeit die zweitniedrigste im EU-27-Raum, nur von den Niederlanden übertroffen. Der Durchschnittswert für den EU-27 Raum betrug 15,5 %.

Die Arbeitslosigkeit nach erreichter formeller Schulbildung zeigt, dass niedrig Qualifizierte generell einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko unterliegen. Während die Arbeitslosenquote für Pflichtschulabsolventinnen und -absolventen 2007 8,6 % beträgt, beläuft sie sich bei Akademikern und Akademikerinnen auf 2,5 %.

WO 1 BIP pro Kopf

Regionales BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards 2000 – 2006



In den letzten Jahren konnte Österreich insgesamt seine gute Position im EU-Vergleich des BIP pro Kopf halten. Österreich lag im Jahr 2006 mit einem Indexwert von 124,3 deutlich über dem EU-27-Durchschnitt.

In Österreich weist im Jahr 2006 das Burgenland mit einem Indexwert von 82,1 den niedrigsten und Wien mit 165,9 den höchsten Indexwert auf.

Datenquelle:

Eurostat

Definitionen:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit einer Volkswirtschaft und ist die Summe aller im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen (abzüglich aller dabei als Vorleistung verbrauchten Güter und Dienstleistungen). Das BIP ist daher der zentrale Indikator für den wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes.

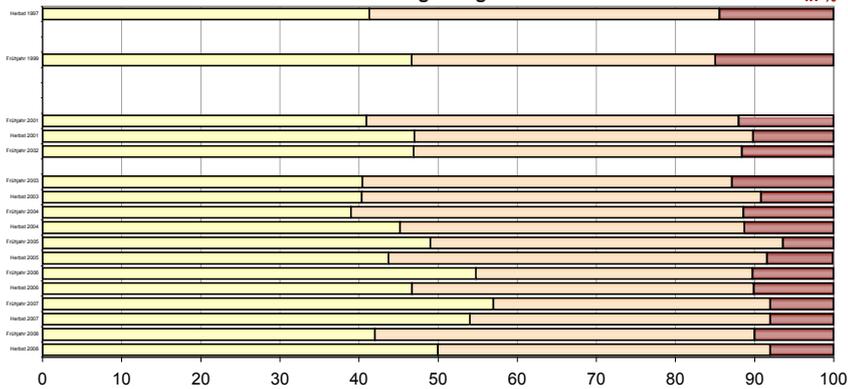
Dieser Wohlstandsindikator ist definiert als „BIP pro Kopf“, d.h. das BIP dividiert durch alle in einem Land lebenden Personen, um so auch eine Relation zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum herzustellen. Das BIP ist hier weiters in Kaufkraftparitäten angegeben. Die Kaufkraftparität ist jene Maßzahl für einen Gleichgewichtswchselkurs, welcher Differenzen in den Preisniveaus zwischen den Ländern eliminiert, um internationale Vergleichbarkeit sicherzustellen.

Der Indikator wird auf den BIP-Durchschnitt aller EU27-Mitgliedsländer bezogen (= 100). Das BIP der einzelnen (Bundes-)Länder bzw. der NUTS-Regionen bezieht sich auf diesen Indexwert.

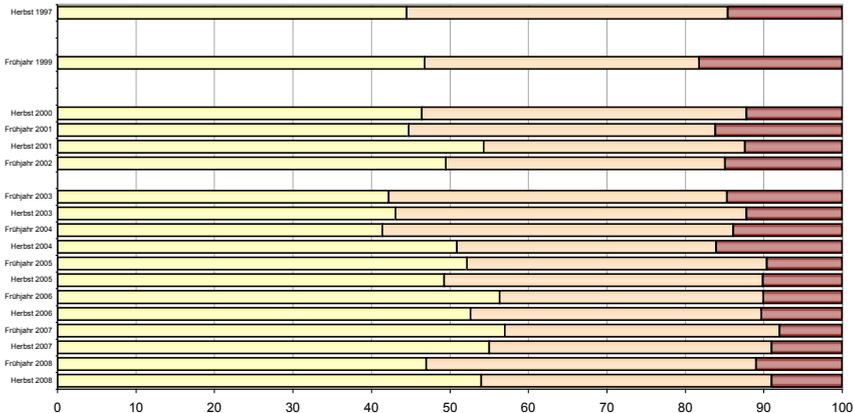
Diese Daten beruhen auf der Systematik der Gebietseinheiten „NUTS 2006“. Diese Systematik dient als eine einheitliche und kohärente Gebietseinteilung zur Erstellung regionaler Statistiken für die EU.

GP 1 Vertrauen der Österreicher/innen in Institutionen

Vertrauen in die österreichische Bundesregierung 1997 – 2008



Vertrauen in den österreichischen Nationalrat 1997 – 2008

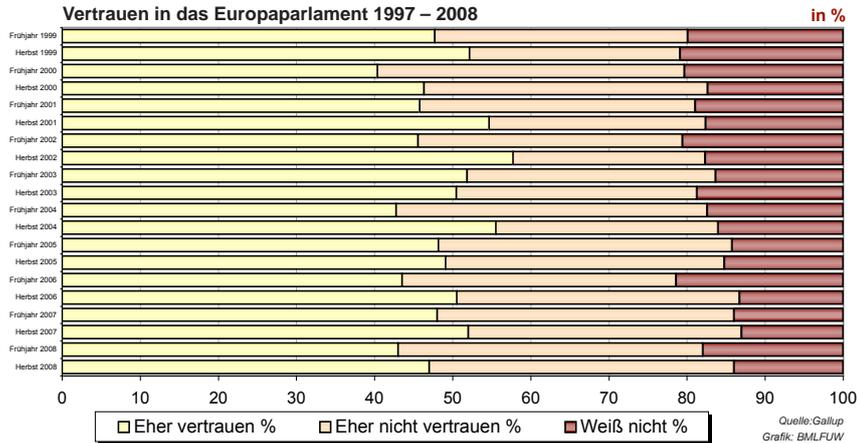


Datenquellen:

Eurobarometer der Europäischen Kommission, Durchführung in Österreich: seit Herbst 2004 Österreichisches Gallup-Institut, davor GfK Austria

Daten vom Österreichischen Gallup-Institut und WISDOM (Wiener Institut für sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik)

Headline-Indikator „Governance und Partizipation“



Die Befragungen im Rahmen der Eurobarometer-Untersuchungen werden halbjährlich bei etwa 1000 Personen durchgeführt. Nicht in jeder Umfrage wurden die Vertrauensfragen zu den nationalen Institutionen der Bundesregierung und des Nationalrats erhoben. Die Daten zeigen, dass das Vertrauen gegenüber dem österreichischen Parlament höher ist als dem Europäischen. Im Vergleich der österreichischen Institutionen ergibt sich, dass das Vertrauen in den Nationalrat auch höher ist als in die Bundesregierung.

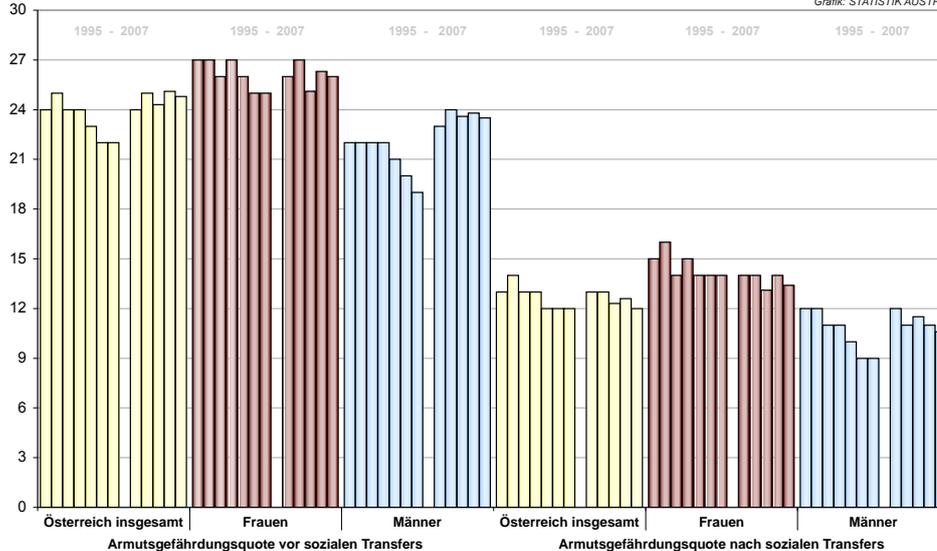
Eine Interpretation der Schwankungen ist schwierig. Zu beachten ist dabei auch die Unsicherheit des Ergebnisses, das von der Stichprobengröße abhängt: Bei 1000 Befragten beträgt die Zuverlässigkeit des Ergebnisses bei einem Wert von 10 oder 20 % $\pm 1,9$, bei 20 oder 80 % $\pm 2,5$, bei 30 oder 70 % $\pm 2,7$, bei 40 oder 60 % $\pm 3,0$ und bei 50 % $\pm 3,1$.

FS 1 Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers

Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers 1995 – 2007

in %

Quelle: STATISTIK AUSTRIA
Grafik: STATISTIK AUSTRIA



Datenquelle:

Statistik Austria, EU-SILC 2003-2007.

Definitionen:

Vergleich des Bevölkerungsanteils unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle vor und nach Sozialtransfers

a) Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers – insgesamt

Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen vor Sozialtransfers unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenenversorgung gelten als Einkommen vor Sozialtransfers und nicht als Sozialtransfers.

b) Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers – insgesamt

Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist.

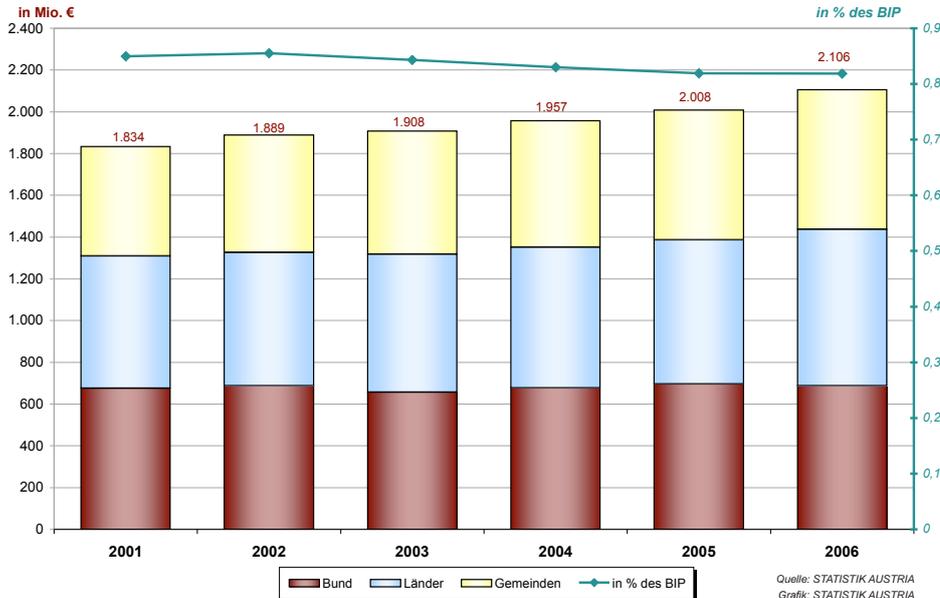
Die Armutsgefährdungsquote lag zwischen 1995 bis 2001 zwischen 12 % und 14 %; 2003 und 2004 lag sie bei 13 %, 2005 bei 12 %, 2006 bei 13 % und 2007 bei 12 %. Die Armutsgefährdungsquote 2007 der Frauen (13 %) liegt über jener der Männer (11 %). Die Armutsgefährdungsquote der

EU-27 lag 2007 bei 16 % (Frauen 17 %, Männer 15 %).

Sozialleistungen (ohne Pensionen) tragen zu einer Halbierung der Armutsgefährdungsquote (im Jahr 2007 von 25 % auf 12 %) bei.

KK 1 Kulturausgaben

Kulturausgaben 2001 – 2006



Datenquelle:

Statistik Austria, Kulturstatistik

Definition:

Ausgaben nach Abzug intergovernmentaler Transfers zu laufenden Preisen.

Die (nominellen) Kulturausgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden sind seit dem Jahr 2001 von 1.834 Millionen Euro auf 2.106 Millionen Euro im Jahr 2006 angestiegen. Umgelegt auf die Wohnbevölkerung ergibt das zuletzt rund 254 Euro pro Kopf.

Bedingt durch die in den letzten Jahren in Österreich etwas stärker angestiegene Wirtschaftsleistung sind die Kulturausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt neuerlich leicht zurückgegangen und machen nun

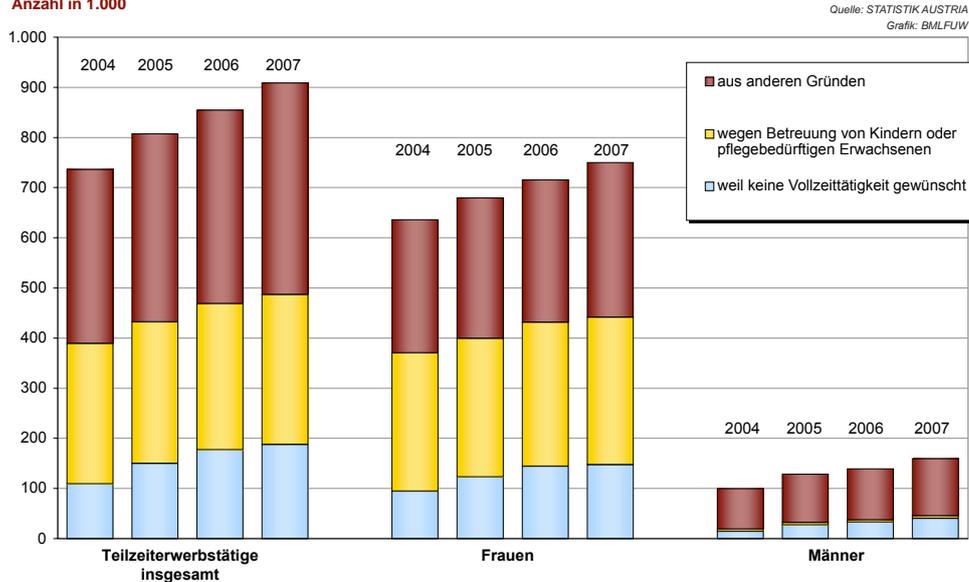
0,818 % des (nominellen, zu laufenden Preisen eruierten) BIP aus.

Vergleicht man die Entwicklung der öffentlichen Kulturausgaben getrennt nach den einzelnen Gebietskörperschaften, so konnten die Gemeinden und Länder noch deutliche Zuwächse bei ihren Kulturausgaben tätigen, während die Entwicklung beim Bund, der für genau ein Drittel aller Kulturausgaben verantwortlich ist, stagniert.

FZ 1a Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Teilzeiterwerbstätigkeit 2004 – 2007

Anzahl in 1.000



Datenquelle:

Statistik Austria, Mikrozensus
Arbeitskräfteerhebungen 2004, 2005,
2006 und 2007

Definition:

Labour Force Konzept, Zuordnung
in die Kategorie Teilzeitarbeit auf
Grundlage der Selbstzuordnung der
RespondentInnen, Bevölkerung in
Privathaushalten ohne Präsenz- und
Zivildienstler

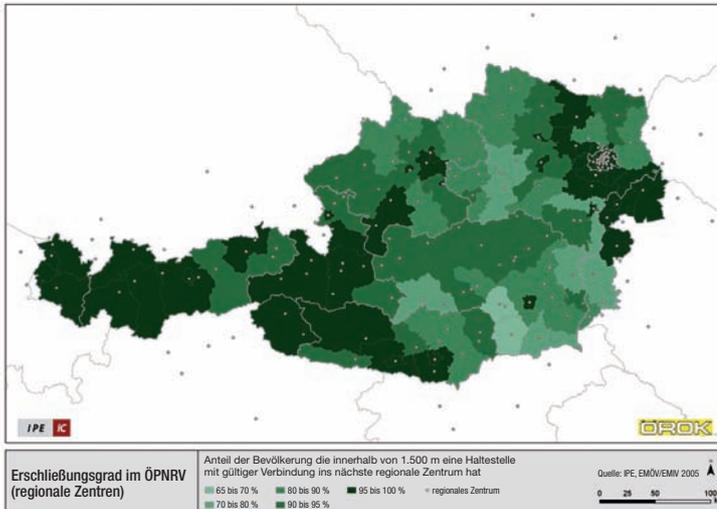
Vollzeitstätigkeit zu finden.

Das Ziel eines möglichst hohen Maßes an Lebensqualität im Lebensbereich „Freizeit“ im Sinne nachhaltiger Entwicklung kann unter anderem durch die Zufriedenheit mit der Freizeitgestaltung ausgedrückt werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt dabei einen wichtigen Einflussfaktor dar.

Im Rahmen der Erhebung werden Personen, die sich als Teilzeit arbeitend bezeichnen, nach den Gründen für ihre Beschäftigungsform gefragt. Dabei werden verschiedene Antwortmöglichkeiten, wie die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen, andere persönliche oder familiäre Gründe, schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung oder sonstige Gründe vorgegeben. Angeführt wird auch die Antwortmöglichkeit, keine Vollzeitbeschäftigung zu wünschen oder die Unmöglichkeit eine

Die Grafik zeigt, dass die Anzahl der Teilzeiterwerbstätigen zunimmt und dass rund 82 % der Teilzeiterwerbstätigen Frauen sind. Die ausgewiesenen Unterschiede sowohl im Ausmaß als auch in der Begründung der Teilzeiterwerbstätigkeit zwischen Frauen und Männern spiegeln – ebenso wie der Indikator AR 4a „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege“ – das Rollenverständnis und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft Österreichs wider.

MO 1 Zugang der Bevölkerung zu Mobilität (Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel)



Datenquelle:

ÖROK, IPE: Erreichbarkeitsverhältnisse in Österreich 2005, ÖROK Schriftenreihe Nr. 174, Wien 2007

Definition:

In den Erreichbarkeitsberechnungen der Österreichischen Raumordnungskonferenz wird eine Person an ihrem Wohnstandort dann als an den öffentlichen Verkehr angebunden gewertet, wenn

- sie im Umkreis von 1500 m von einer Haltestelle wohnt, von der aus zumindest
- eine Verbindung ins nächst gelegene zweckbezogene Zentrum (regionales Zentrum, Arbeit, Schule, etc.)
- innerhalb eines vordefinierten Abfahrts- und Ankunftszeitintervalls mit
- maximal zweimaligem Umsteigen besteht.

Diese Daten geben Auskunft über die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel. Jedoch werden weder die Angebotsqualität (Reisezeiten, Häufigkeiten von Verbindungen) noch die Standortqualität (Fragestellung: Wie bedeutend sind die Ziele, die erreicht werden können?) mit diesem Indikator abgebildet.

Tabelle: Öffentlicher Personen Nah- und Regionalverkehr 1997 und 2005: Veränderung der Erreichbarkeitsmaße auf Bundesländerebene

Bundesland	Zugänglichkeit 500m		Zugänglichkeit 500m	
	Anteil	Veränderung 97/05	Anteil	Veränderung 97/05
Burgenland	72 %	-12 %	93 %	-6 %
Kärnten	76 %	6 %	96 %	-1 %
Niederösterreich	75 %	-6 %	94 %	-3 %
Oberösterreich	73 %	7 %	95 %	2 %
Salzburg	80 %	5 %	96 %	-1 %
Steiermark	67 %	-1 %	90 %	-5 %
Tirol	80 %	7 %	97 %	-1 %
Vorarlberg	90 %	4 %	98 %	-1 %
Wien	100 %	k.A.	100 %	k.A.
Österreich (ohne Wien)	75 %	2 %	90 %	-2 %
Österreich (mit Wien)	80 %	k.A.	95 %	k.A.

Die Tabelle zeigt die Verteilung der Bevölkerung in Bezug auf die Haltestellen des öffentlichen Verkehrs nach Bundesländern sowie die Veränderung zwischen 1997 und 2005.

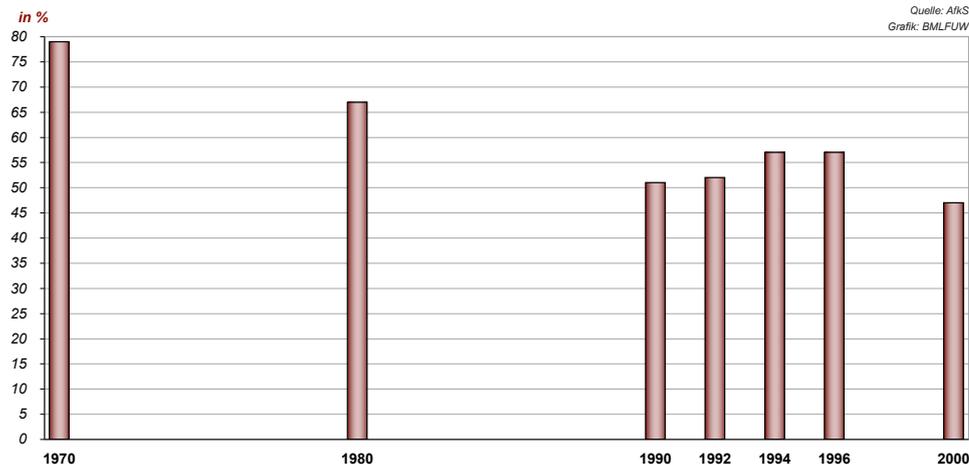
Aufgrund der Konzentration der Siedlungen in den alpinen Tallagen ist in den westlichen Bundesländern grundsätzlich eine bessere Erschließung der Bevölkerung durch den öffentlichen Verkehr gegeben.

Für das Aufzeigen von echten Defiziten in der Erschließung durch den öffentlichen Verkehr ist eine kleinräumigere Betrachtung nötig, wie sie in der Karte auf Basis der politischen Bezirke dargestellt ist. Die am schlechtesten mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossenen Bezirke finden sich in den Regionen Wald- und Mühlviertel, Mostviertel, in der Südsteiermark und im Südburgenland.

Die zeitliche Veränderung des Indikators zeigt insgesamt eine Zunahme des Bevölkerungsanteils, der innerhalb von 500 m von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs liegt, jedoch eine Abnahme des Bevölkerungsanteils innerhalb von 1500 m. Dies ist durch zwei gegenläufige Tendenzen zu erklären: einerseits einer Zunahme der Bevölkerung in den Ballungsräumen (mit hoher Haltestellendichte) und andererseits einer Zunahme von Wohnstandorten mit höherer Entfernung zum öffentlichen Verkehr außerhalb der Ballungsräume.

FH 1 Autoritarismusindex

Autoritarismusindex 1970 – 2000



„Autoritarismus ist ein psychologisches Grundmuster, eine Charakterstruktur. Er beschreibt eine Grundhaltung, die sich im alltäglichen Handeln, in Einstellungen, in Werten etc. widerspiegelt. Er verweist aber auch auf ein Gesellschaftsbild, das – grob formuliert – sagt: „Recht hat, wer oben ist.““

„... Autoritarismus gründet nicht (nur) in der primären Sozialisation, sondern ist eine Reaktion bestimmter Persönlichkeitstypen auf Verunsicherung. Diese Haltung findet sich eher bei Menschen mit ungünstiger Balance zwischen Lebensherausforderung und Daseinskompetenz: Sie erleben sich als überfordert, sehen in ihrer Freiheit zu viel Risiko ...“

Datenquelle:

Arbeitsstelle für kirchliche Sozialforschung (AfKS)

Definition:

Im Rahmen der Europäischen Wertestudie wird eine Umfrage durchgeführt, in der es um politische, religiöse und moralische Vorstellungen und um Einstellungen bezüglich der Familie geht. Aus den Antworten auf 4 Fragen wird der Autoritarismusindex berechnet:

- Die viele Freiheit, die heute die jungen Leute haben, ist sicher nicht gut.
- Wo strenge Autorität ist, dort ist auch Gerechtigkeit.
- Mitreden und mitentscheiden soll man erst, wenn man durch harte Arbeit eine Position
- Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist Gehorsam.

Die Zustimmung zu den Items kann mit einer 5-stufigen Skala bewertet werden, in der 1 volle Zustimmung und 5 volle Ablehnung bedeutet.

Der Index gibt den Prozentsatz der Personen an, die bezüglich der vier Fragen mit 1 oder 2 bewertet haben.

„Sozialpsychologisch gesehen scheint Autoritarismus auf die Schutzbedürftigkeit einer Person zu verweisen, die zumal in unübersichtlichen Verhältnissen auf Komplexitätsreduktion durch Vereinfachung aus ist.“

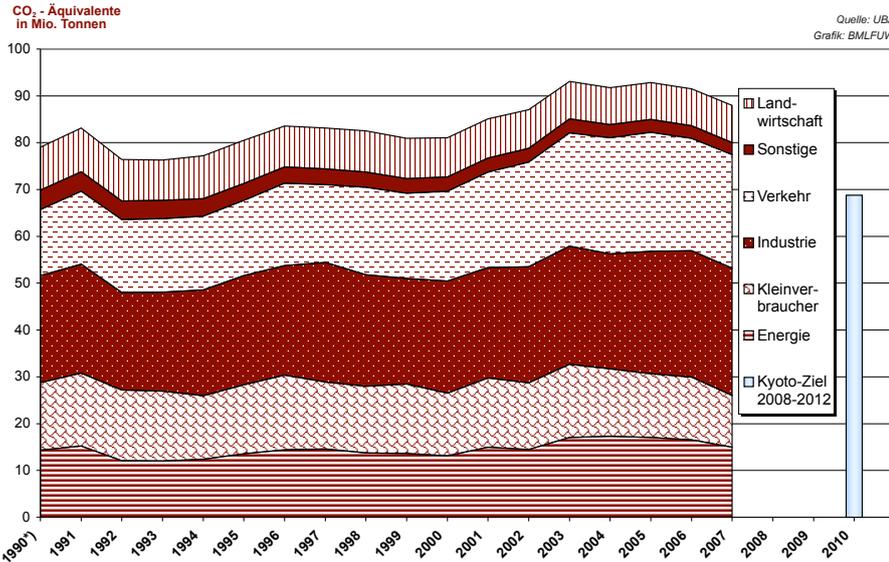
(aus „Die Konfliktgesellschaft – Wertewandel in Österreich 1990 – 2000“; DENZ, FRIESL, POLAK, ZUBA, ZULEHNER).

Das Absinken des Autoritarismusindex bedeutet noch nicht sofort, dass Freiheit verantwortlich gelebt wird.

Die Auswertung der im Sommer 2008 durchgeführten Befragung wird im Herbst 2009 vorliegen.

KL 1 Treibhausgasemissionen (nach Sektoren gegliedert)

Treibhausgasemissionen nach Sektoren vom Basisjahr bis 2007 und Kyoto-Ziel



*) 1990 ist Basisjahr

Die Grafik zeigt die jährliche Veränderung der Treibhausgasemissionen, wobei die Gase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffmonoxid (N₂O), teil- und vollfluorierte Kohlenwasserstoffverbindungen (geschrieben als HFKW und PFKW) sowie Schwefelhexafluorid (SF₆) berücksichtigt wurden.

Diese wurden entsprechend ihrem Treibhauspotential gewichtet und innerhalb der Verbrauchssektoren Energie, Kleinverbraucher, Industrie,

Landwirtschaft, Verkehr und Sonstige (Abfallwirtschaft, Lösemittelmissionen, etc.) zusammengefasst.

Die verwendeten Berechnungen folgen internationalen Übereinkommen für die Gewichtungsfaktoren bzw. für die Zuteilung zu Verursacherguppen.

Eingetragen ist auch der Zielwert, zu dem sich Österreich bezüglich der Reduktion der Treibhausgasemissionen verpflichtet hat. Insbesondere im Sektor Verkehr, aber auch im Energiesektor, ist es noch nicht gelungen,

Datenquelle:

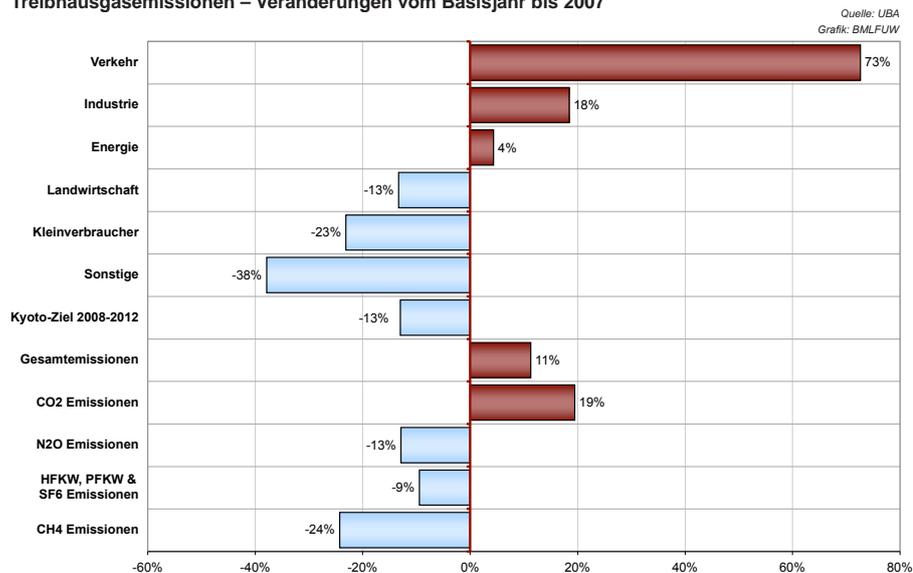
Umweltbundesamt; Klimaschutzbericht (2009)

Hinweis:

Durch die laufende Verbesserung der Primärdaten ergeben sich auch rückwirkend Veränderungen bei den Emissionswerten gegenüber früheren Veröffentlichungen.

KL 1 Treibhausgasemissionen (nach Sektoren gegliedert)

Treibhausgasemissionen – Veränderungen vom Basisjahr bis 2007



Datenquelle:
Umweltbundesamt,
Klimaschutzbericht (2009)

den steigenden Trend zu brechen. Hingegen konnte bei den Methanemissionen aus Mülldeponien und den Methan- und N₂O-Emissionen aus der Landwirtschaft im betrachteten Zeitraum eine Reduktion erzielt werden.

Für die Zielerreichung gemäß Kyoto-Protokoll können unter bestimmten Voraussetzungen auch Emissionsreduktionen aus Projekten im Ausland angerechnet werden. Um diese projektbezogenen flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls effizient nutzen zu können, wurde das Österreich-

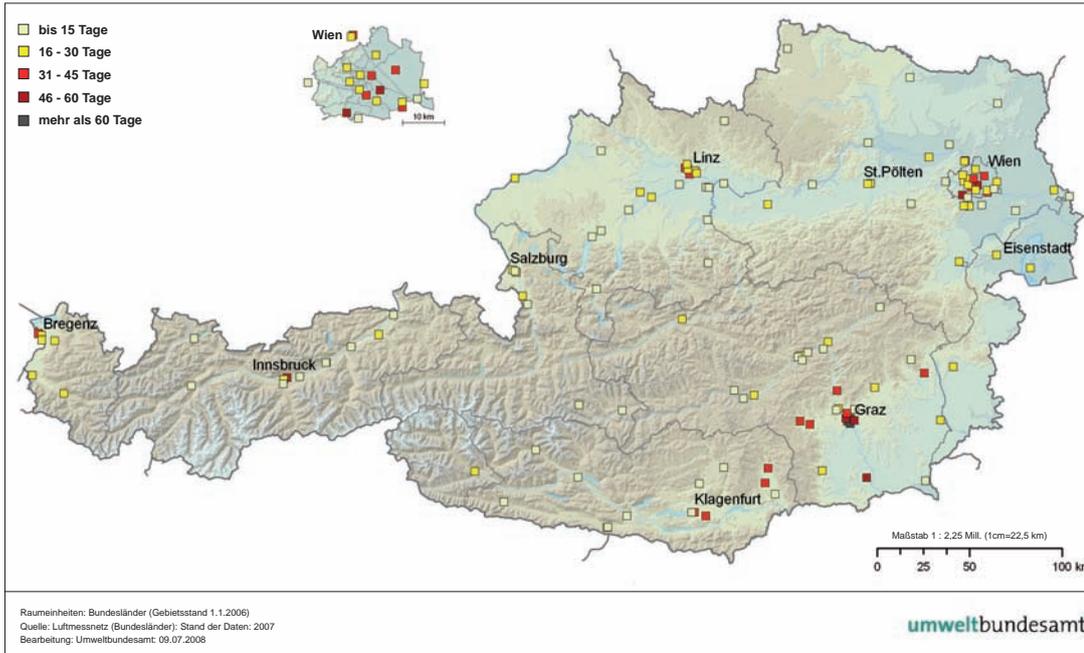
ische JI/CDM-Programm ins Leben gerufen.

Damit soll ein Teil der österreichischen Reduktionsverpflichtung erreicht werden; diese Emissionsreduktionseinheiten sind im Diagramm nicht angegeben (siehe auch Indikator IG 4).

Zur Verbesserung der Datenqualität wurden bei den den Treibhausgasemissionen zugrunde liegenden Berechnungen Änderungen durchgeführt. In den dargestellten Zeitreihen sind diese berücksichtigt.

LU 1 Überschreitungen des Grenzwerts für PM10

PM10: Anzahl der Tage mit Tagesmittelwerten über $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$, 2007



Datenquelle:

Luftmessnetz
(Bundesländer, Umweltbundesamt)

Definition:

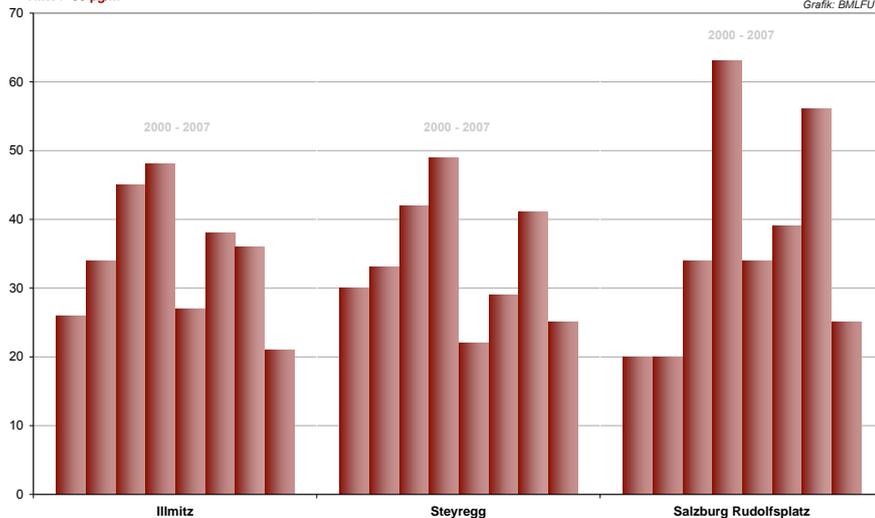
Für PM10 (Feinstaub) ist im Immissionschutzgesetz-Luft (IG-L, BGBl. 115/97, idgF) seit 7.7.2001 zum Schutz der menschlichen Gesundheit ein Immissionsgrenzwert festgelegt: Der Tagesmittelwert (TMW) von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ darf pro Kalenderjahr nicht an mehr als 35 Tagen (bis 2004) bzw. nicht an mehr als 30 Tagen (von 2005 bis 2009) bzw. nicht an mehr als 25 Tagen (ab 2010) überschritten werden.

LU 1 Überschreitungen des Grenzwerts für PM10

Überschreitung des PM10-Grenzwerts 2000 – 2007

Anzahl der Tage mit
TMW > 50 µg/m³

Quelle: UBA
Grafik: BMLFUW



Die Messung von PM10 wurde in Österreich im Jahr 1999 begonnen. An den Messstellen Illmitz, Steyregg und Rudolfsplatz liegen Messungen der Belastung seit dem Jahr 2000 vor.

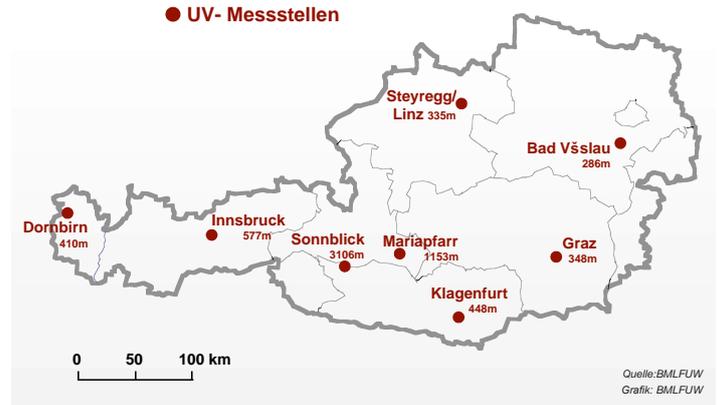
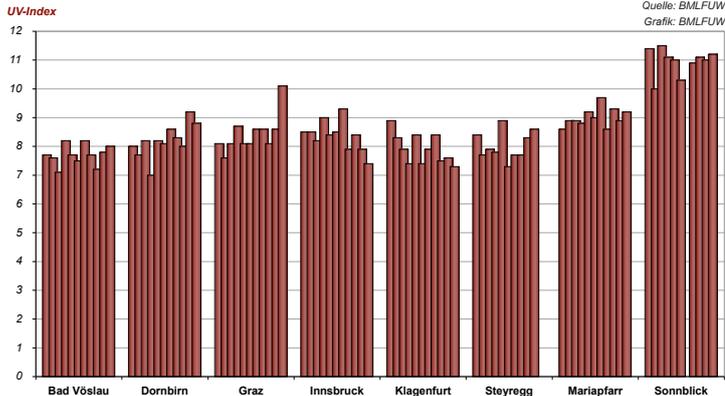
Der für den Tagesmittelwert definierte Grenzwert wird in allen Regionen Österreichs überschritten. Von besonders massiven Grenzwertüberschreitungen sind der Südosten Österreichs sowie die großen Städte betroffen. Neben hohen lokalen Emissionen sind im Südosten Österreichs (Steier-

mark, Kärnten, Osttirol) die ungünstigen Ausbreitungsbedingungen in den gegenüber Nord- und Westwind abgeschirmten Tälern und Becken ein Hauptfaktor für die hohen PM10-Belastungen. Darüber hinaus spielt im Osten Österreichs der Ferntransport von belasteten Luftmassen eine wesentliche Rolle.

Seit Beginn der PM10-Messungen wurden in den Jahren 2003, 2005 und 2006 überdurchschnittlich hohe Belastungen registriert, relativ niedrige in den Jahren 2000, 2004 und 2007. Ursache der starken Variationen der PM10-Belastung von Jahr zu Jahr sind die meteorologischen Verhältnisse in den Wintermonaten, die sowohl für die lokalen Ausbreitungsbedingungen als auch für das Ausmaß von Ferntransport verantwortlich sind.

ST 1 UV-Strahlungsintensität

UV-Strahlungsintensität 1998 – 2008



Datenquelle:

Institut für Medizinische Physik der Universität Innsbruck im Auftrag des BMLFUW

Definition:

Der UV-Index ist ein Maß für die Intensität der für die Gesundheit relevanten UV-Strahlung der Sonne. Die Definition des UV-Index wurde von der WHO (World Health Organization) und der WMO (World Meteorological Organization) gemeinsam, nicht für Forschungszwecke, sondern zur Information der Bevölkerung festgelegt. Er ist eine dimensionslose Zahl, die angibt, wie viel der solaren UV-Strahlung den Boden erreicht.

Er wird als gewichtetes Integral über die spektrale Strahlung und nachfolgende Skalierung ermittelt. Die Integration wird über den Wellenlängenbereich von 250 nm bis 400 nm unter

Verwendung des CIE-Wirkungsspektrums (des Standard-Erythem-Wirkungsspektrums) zur Gewichtung der Wellenlängenanteile durchgeführt. Dabei wird die Strahlungsintensität auf eine horizontale Fläche genommen. Die gewichtete Strahlungsintensität in mW/m^2 wird durch die gewählte Strahlungsintensität von $25 mW/m^2$ dividiert. Resultat ist eine dimensionslose Zahl, die die folgende Bewertung der UV-Strahlungsintensität zulässt:

UV-Index	Bewertung
0 – 2	niedrig
3 – 5	mäßig
6 – 7	hoch
8 – 10	sehr hoch
über 10	extrem

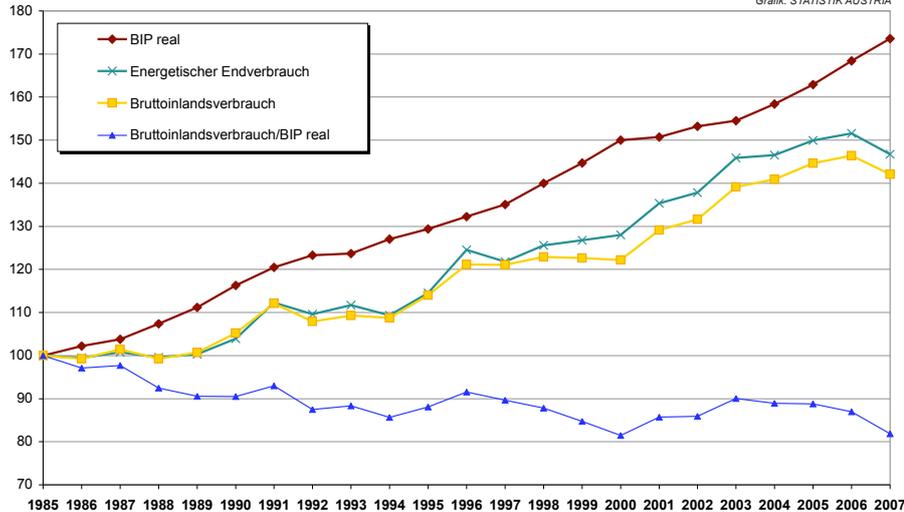
Der Indikator gibt den maximalen UV-Index eines Jahres an den einzelnen Messstationen in Österreich an, für die seit 1998 Messwerte vorliegen. Zu erkennen ist der natürliche Effekt, dass die UV-Intensität mit der Seehöhe zunimmt. Die Schwankungen von Jahr zu Jahr sind vor allem durch die Witterung und hier insbesondere die Bewölkung bedingt.

ES 1 Energieverbrauch absolut und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Bruttoinlandsverbrauch und Energetischer Endverbrauch)

Energieverbrauch in Relation zum BIP 1985 – 2007

Index 1985 = 100

Quelle: STATISTIK AUSTRIA
Grafik: STATISTIK AUSTRIA



Zwischen Energieverbrauch und Bruttoinlandsprodukt ist seit Anfang der 1970er-Jahre ein deutlicher Entkopplungseffekt feststellbar, der sich zu Beginn des Jahrzehnts ein wenig abgeschwächt, in den letzten beiden Berichtsjahren aber wieder markant fortgesetzt hat.

Während das reale BIP seit 1973 um 127,3 % gestiegen ist, nahm der Bruttoinlandsverbrauch an Energie in diesem Zeitraum nur um 54,6 % zu.

Datenquelle:

Energiebilanzen der Statistik Austria

Definitionen:

Der Bruttoinlandsverbrauch errechnet sich aus der Energiebilanz, aufkommenseitig aus der inländischen Erzeugung von Rohenergie, dem Außenhandelssaldo und der Lagerbewegung von Energie, verwendungssseitig aus dem Energetischen Endverbrauch, dem Nichtenergetischen Verbrauch von Energie (z.B. Petrochemie, Schmiermittel), dem Verbrauch des Sektors Energie und der Differenz von Umwandlungseinsatz und Umwandlungsausstoß (=Umwandlungsverluste).

Der Energetische Endverbrauch ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird (Raumheizung, Beleuchtung und ADV, mechanische Arbeit usw.).

Der relative Energieverbrauch (=Energieverbrauch je Einheit des BIP; Energieintensität) nahm somit um fast ein Drittel (32 %) ab. In der in der Grafik dargestellten Zeitspanne von 1985 bis 2007 fiel die Energieintensität um 18,1 %.

Im EU-Vergleich liegt Österreich bei der Energieintensität an vierbester Stelle.

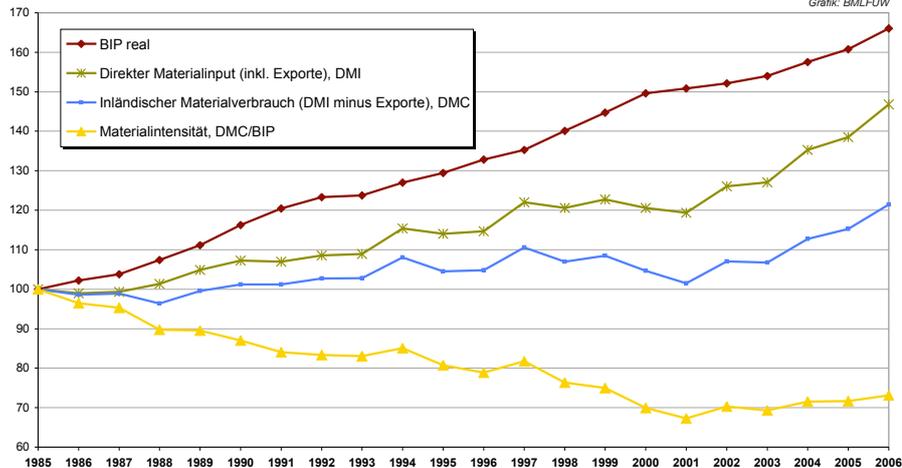
Aufgrund der Endenergieeffizienz-Richtlinie (2006/32/EG) vom 5. April 2006 ist Österreich verpflichtet, eine 9 %-ige Verbesserung der Energieeffizienz (Energieintensität) im Jahr 2016 zu erreichen. Nach den festgelegten Berechnungsvorschriften wurden im 1. Energieeffizienz-Aktionsplan für Österreich (<http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/CEF20688-BE63-4CF7-8464-CA1A5A8FCB6D/0/Energieeffizienzaktionsplan.pdf>) 80.400TJ als nationaler, genereller Energieeinsparrichtwert und eine Reduktion um 17.900 TJ bis 2010 gegenüber dem jährlichen Durchschnittsverbrauch der Jahre 2001 bis 2005 von 893.406 TJ festgelegt.

ES 2 Materialeinsatz (DMC und DMI)

Wirtschaftswachstum, Materialverbrauch und Materialintensität 1985 – 2006

Index 1985 = 100

Quelle: STATISTIK AUSTRIA
Grafik: BMLFUW



Rund drei Viertel des gesamten Materialumsatzes bestehen aus nicht erneuerbaren Rohstoffen (Kohle, Erdöl, Erdgas, mineralische Materialien). Somit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort.

In Österreich ist der Direkte Materialinput (DMI) seit 1985 um fast 45 % angestiegen.

Der inländische Materialverbrauch (DMC) ist ebenfalls gestiegen: im Zeitraum von 1985 bis 2006 hat er um mehr als 20 % zugenommen.

Im selben Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt allerdings deutlich stärker gewachsen (um 66,1 %). Die Materialintensität (DMC/BIP) ist somit im gleichen Zeitraum um rund 27 % gesunken. Eine Einheit des BIP konnte mit geringerem Materialverbrauch erwirtschaftet werden, womit die Ressourcenproduktivität zugenommen hat. Die Ziele einer Steigerung der Ressourcenproduktivität um den Faktor 4 und der absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurden aber noch nicht erreicht, da die Ressourcenproduktivitätssteigerungen durch Mengeneffekte überkompensiert wurden.

Datenquelle:
Statistik Austria im Auftrag des
Lebensministeriums

Definitionen:
Der Ressourcendurchsatz kann durch verschiedene Größen aus der Materialflussrechnung beschrieben werden, wobei jährlich Materialflüsse von mineralischen Materialien, Biomasse und fossilen Materialien erhoben werden. Die entsprechende Berechnungsmethodik ist international (EUROSTAT) abgestimmt.

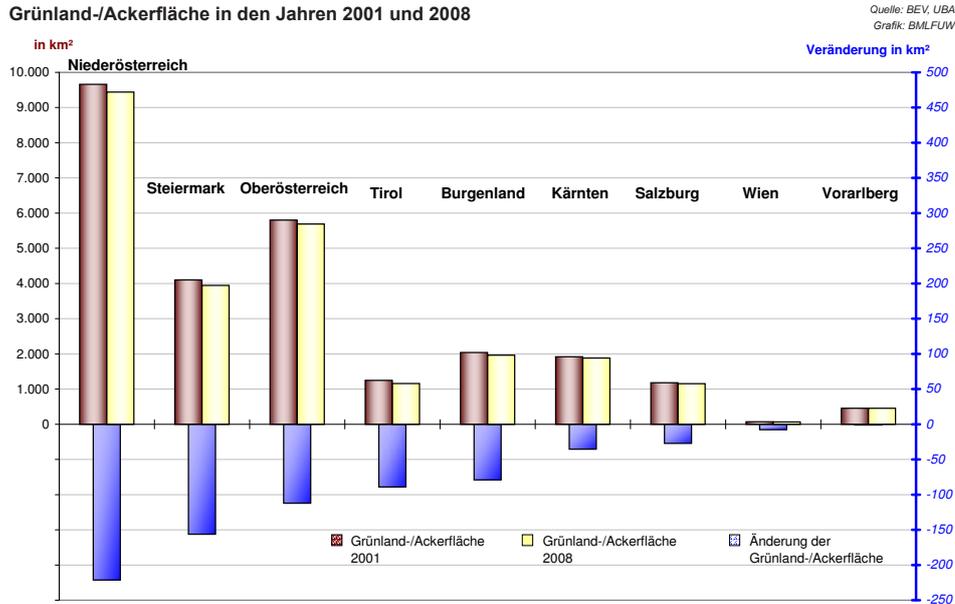
Der **Direkte Materialinput (DMI)** setzt sich aus inländischer Materialentnahme plus Importen zusammen.

Zieht man von diesem Materialaufkommen die Exporte ab, so erhält man den **Inländischen Materialverbrauch (DMC, domestic material consumption)**. Er stellt die im Inland verbrauchte Materialmenge dar.

Die Relation des DMC zum weitläufig verwendeten Indikator für das Wirtschaftswachstum, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die **Materialintensität DMC/BIP**, gibt an, wie viele Material-einheiten benötigt werden, um eine Einheit des BIP zu erzeugen.

LA 1a Änderung der Flächennutzung (Wald, Grünland/Acker)

Grünland-/Ackerfläche in den Jahren 2001 und 2008



Im Zeitraum zwischen 2001 und 2008 kam es in Österreich zu einem Verlust an landwirtschaftlicher Fläche von mehr als 700 km². Dies entspricht einem täglichen Rückgang von 30 ha/Tag. Noch nicht einberechnet in den Rückgang der landwirtschaftlichen Fläche sind die Verluste von Flächen für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung im alpinen Bereich. Knapp ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen verwaldet, mehr als zwei Drittel werden in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt (siehe Indikator BO 1a). Infolge der Verwaldung dieser ehemaligen Landwirtschaftsflächen weist der

Wald einen flächenhaften Zuwachs von mehr als 200 km² seit 2001 auf.

Bei der Interpretation der Ergebnisse laut Regionalinformation ist zu beachten, dass eine Aktualisierung nicht laufend, sondern nur im Rahmen von Großprojekten und anlassbezogen erfolgt. Die Regionalinformation zeigt daher über gewisse Zeiträume nicht die reale Situation auf.

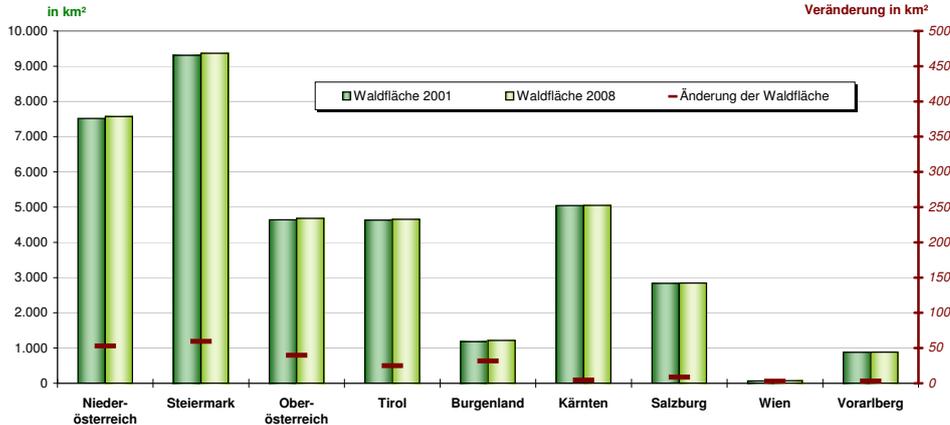
In allen Bundesländern, mit Ausnahme von Vorarlberg, ist der Trend des

Datenquelle:
Berechnungen des Umweltbundesamtes auf Basis von:
Flächennutzung: Regionalinformation der Grundstücksdatenbank des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen; Stand der Daten 1.1.2001 bzw. 1.1.2008; GZ: 950/2005 bzw. 75/2008

Definitionen:
Der Wald ist gleichbedeutend mit der Benützungstyp Wald.
Grünland/Acker entspricht der Summe der Flächen der Benützungstypen landwirtschaftlich genutzte Fläche und Weingärten.

Waldfläche in den Jahren 2001 und 2008

Quelle: BEV, UBA
 Grafik: BMLFUW



Verlustes an landwirtschaftlichen Böden nachzuweisen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass in den Bundesländern mit einem großen Anteil an Agrarfläche ein hoher absoluter Flächenrückgang festzustellen ist (NÖ: -221 km², St: ca. -155 km² und OÖ: -112 km²). Dieser Rückgang ist aber nicht so dramatisch, wie in Bundesländern mit geringem Anteil an Agrarfläche. Hier sind in erster Linie Wien und Tirol zu erwähnen (W: 71 km² und T: 1.247 km² Agrarfläche), jedoch im Verhältnis dazu sehr hohen Verlusten an landwirtschaftlichen Flächen (W: -12 %, T: -7,7 %). Inwieweit allerdings speziell in Tirol die Ungenauigkeit der Regionalinformation zum Tragen kommt, kann nicht beurteilt werden.

Vorarlberg stellt eine positive Ausnahme dar. Bei sehr geringem Anteil an Agrarflächen (455 km²) haben keine nennenswerten Verluste an Landwirtschaftsflächen stattgefunden. Die Landwirtschaftsfläche in Vorarlberg dürfte

durch bestehende Maßnahmen (Vision Rheintal) gut abgesichert sein.

Der Wald nimmt entsprechend dem langfristigen Trend generell zu. Aus landeskultureller Sicht können sowohl kumulierte Waldverluste in unterbewaldeten Räumen (offene Agrarlandschaften, Siedlungsumland) als auch weitere Zunahmen in Regionen mit bereits sehr hohem Bewaldungsanteil problematisch sein (Verringerung der Funktionserfüllung, Biodiversitätsverluste).

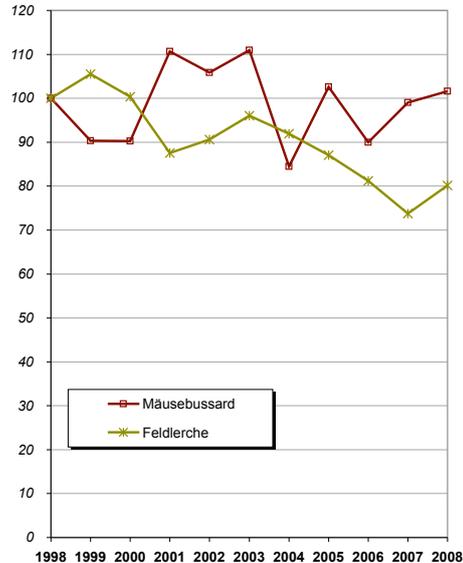
Der prozentuell größte Zuwachs findet in den Bundesländern mit geringer Waldausstattung statt. Nur in der Steiermark, dem walddreichsten Bundesland, sind immer noch relativ hohe Zuwächse zu verzeichnen.

Die Veränderung der Landschaftsnutzung ist nur ein Aspekt unter den die ökologische Wertigkeit der Landschaft beeinflussenden Faktoren.

ÖK1 Vogelartengruppen und Orchideen als Zeiger für Lebensraumqualität

Bestandsentwicklung ausgewählter Vogelarten in Österreich von 1998 – 2008

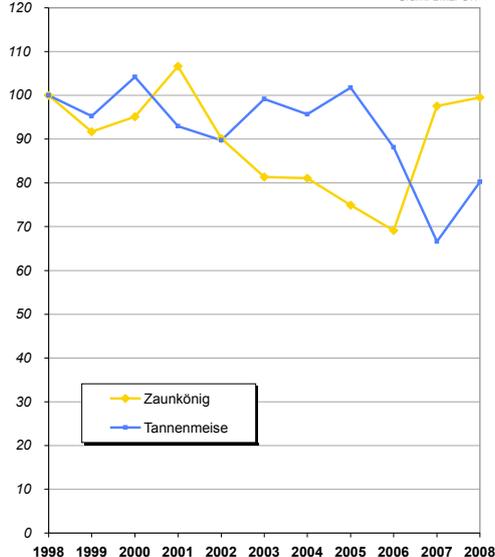
Index 1998 = 100



Die Bestände des Mäusebussards scheinen um einen mittleren Wert zu schwanken, sie können als stabil betrachtet werden. Die Feldlerche hat seit 1998 in ihrem Bestand leicht abgenommen. Auch beim Zaunkönig und der Tannenmeise ist eine Abnahme zu erkennen.

Vögel sind geeignet, Biodiversität auch anderer Organismengruppen abzubilden, und reagieren rasch auf Umweltveränderungen. Der

Index 1998 = 100



dargestellte Indikator ist bezüglich der ausgewählten Arten (zur Repräsentation aller österreichischen Hauptlebensräume), der zu seiner Berechnung herangezogenen Zählungen und der Berechnung unter Berücksichtigung der Verteilung der Zählgebiete weiter zu entwickeln. Erst dann wird eine Interpretation sinnvoll sein.

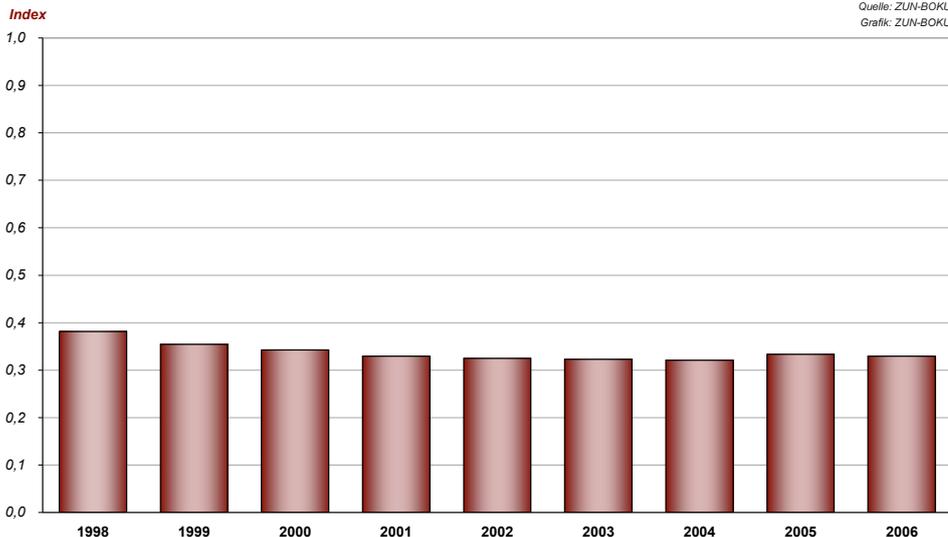
Datenquelle:

„Monitoring der Brutvögel Österreichs“ von BirdLife Österreich

Definition:

Die Vogelbestände werden durch fachlich gebildete Freiwillige jährlich an festgelegten Strecken erfasst („Citizen Science“). Vergleichbare Programme bestehen heute in vielen europäischen Ländern und auch auf gesamt-europäischer Ebene. Dargestellt sind die Zählungsergebnisse jedes Jahres bezogen auf den Wert des Zähljahres 1998. Dieser wurde gleich 100 gesetzt.

Index für nachhaltige Grünlandbewirtschaftung in Hinblick auf Orchideen



Datenquelle:

Berechnungen des Zentrums für Natur- und Umweltschutz der Universität für Bodenkultur auf Basis von Daten aus CORINE-Landcover 2000 (UMWELTBUNDESAMT) und aus dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem INVEKOS (BMLFUW)

Definition:

Die Bewertung der Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung von Grünland in Hinblick auf Schutz und Förderung von Orchideen erfolgt ähnlich wie bei Expertensystemen auf der Basis von Expertenwissen. Die unterschiedlichen Flächennutzungen und flächenbezogenen Maßnahmen aus dem Österreichischen Agrar-Umwelt Programm (ÖPUL) eines Betriebes werden einer Fuzzy-Bewertung (0 = „sehr schlecht“ bis 1 = „sehr gut“) unterzogen und über ihre Flächenanteile zu einem Gesamtfaktor zusammengesetzt. Durch Zusammenfassung der Werte können Aussagen über das Potential von für Orchideen geeigneten Flächen auf unterschiedlichen Ebenen (Gemeinde, Bezirk, Bundesland, Bundesgebiet) gemacht werden.

Seit dem Jahr 2006 werden im Rahmen des Österreichischen Orchideenschutz Netzwerkes (ÖON) von Freiwilligen Zählungen von Orchideen durchgeführt. In Zukunft sollen aus diesen Daten Populationstrends ermittelt werden, mit denen die Bewertungen überprüft und angepasst werden.

Offenland-Orchideen sind abhängig von der Art der Landnutzung – zu intensive Bewirtschaftung führt zu einem Rückgang der Populationen genauso wie Aufgabe der Bewirtschaftung. Daher wird der Artenindikator Orchideen in Bezug zu Flächenbewirtschaftung und Maßnahmen im Rahmen des ÖPUL gesetzt.

Der Index für nachhaltige Grünlandbewirtschaftung in Hinblick auf die Ansprüche von Orchideen zeigt österreichweit einen negativen Trend. Das bedeutet, dass durch die Änderungen der Grünlandbewirtschaftung die für Orchideen geeigneten Flächen abnehmen oder sich dadurch die

Bedingungen für Orchideen verschlechtern. Das lässt auf einen Rückgang der Orchideen in der Kulturlandschaft schließen. Dies entspricht den Einschätzungen von Orchideen in den Roten Listen und ist auch in der Fachliteratur vielfach dokumentiert. In Zukunft wird dieser Index jedoch auf Grund von Populationstrends, welche aus dem Orchideenmonitoring ermittelt werden, auf regionaler Maßstabsebene überprüft, angepasst und weiter entwickelt.

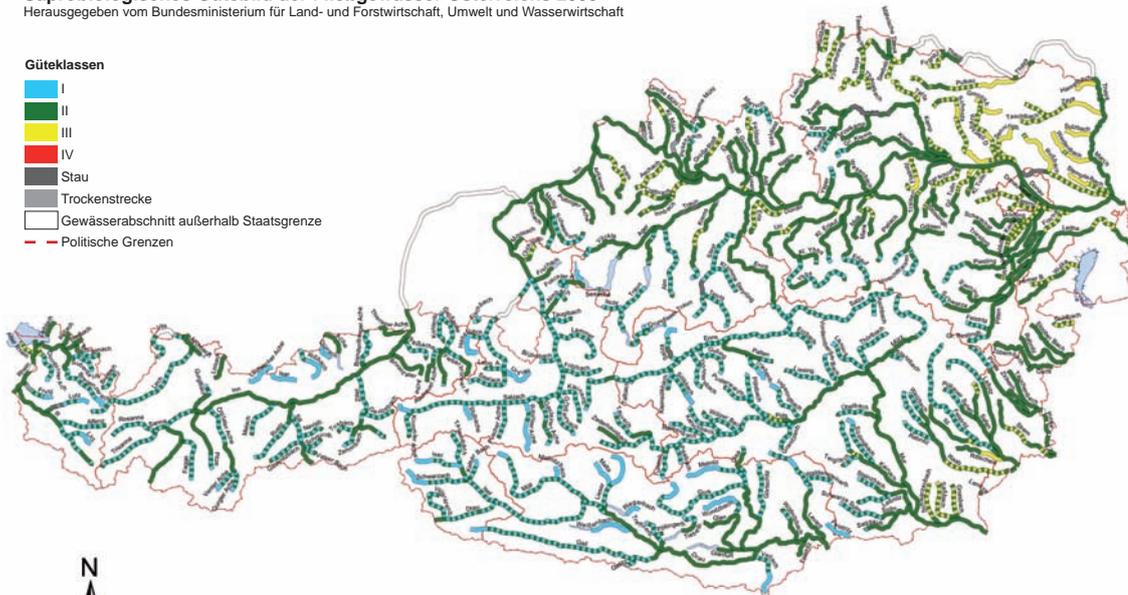
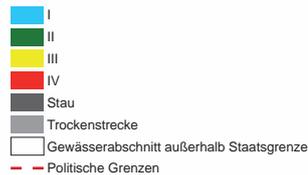
Die parallele Erfassung und Betrachtung von Vogelarten und Orchideen soll den Zustand der österreichischen Großlebensräume vertieft abbilden.

WA 1a Fließgewässer: Ökologischer und chemischer Zustand

Saprobiologisches Gütebild der Fließgewässer Österreichs 2005

Herausgegeben vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Güteklassen



Copyright: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft; Kartengrundlage UBA Wien, Bearbeitung BAW – Institut für Wassergüte

Datenquelle:

Biologische Gewässergütekarte herausgegeben vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft basierend auf den Länder- und Bundesdaten.

Definition:

In Österreich wird bereits seit vielen Jahrzehnten das Saprobien-System zur biologischen Untersuchung und Bewertung von Fließgewässern herangezogen.

Beobachtet wird dabei der Grad des Vorhandenseins oder auch des Fehlens von ausgewählten Zeigerorganismen. Dieser kennzeichnet die Reaktion der Gewässerbiozönose auf bestimmte Belastungszustände und stellt in erster Linie ein Maß für die Belastung des Gewässers mit abbaubaren organischen Stoffen dar.

Anhand dieses Systems können Fließgewässerabschnitte vier (Klasse I-IV) – unter Berücksichtigung der Zwischenstufen sieben – biologischen Gewässergüteklassen zugeordnet werden.

Bereits 1977 wurde Güteklasse II als generelles Güteziel festgelegt (Donau-Verordnung, BGBl. Nr. 210/1977).

Die Einhaltung dieses Gütezieles wird als Indikator für den Zustand der österreichischen Fließgewässer herangezogen.

Headline-Indikator „Wasser“

Tabelle:

Vergleich der biologischen Gütebilder 1966/71, 1988, 1995, 1998, 2001, 2002/03 und 2005; relative Anteile der Güteklassen am dargestellten Gewässernetz in %.

Saprobiologische Güteklasse	Relative Anteile am Gewässernetz in %						
	1966/71	1988	1995	1998	2001	2002/03	2005
I	15	9	6	7	6	4	4
I-II	18	18	22	23	28	28	35
II	31	39	44	51	53	55	49
II-III	19	21	24	17	12	12	11
III	6	10	4	2	1	1	1
III-IV	6	2	< 1	< 1	0	0	0
IV	5	1	0	0	0	0	0

Der Prozentsatz der im Gütebild 2005 dargestellten Fließgewässer, die nur eine geringe Verschmutzung (Güteklasse I, I-II bzw. II) aufweisen und somit dem Güteziel entsprechen, beträgt 88 %.

Es ist zu betonen, dass dieser – bereits hohe – Prozentsatz nicht als Gesamtbewertung auf das gesamte österreichische Gewässernetz umzulegen ist; da in der Gütekarte 2005 nur die Gewässer mit einem Einzugsgebiet >100 km² und einer Gesamtlänge von 11.500 km dargestellt und ausgewertet wurden. Unter Einbeziehung der zahlreichen kleinen – vor allem alpinen – Gewässer würde sich nämlich der Anteil der dem Güteziel entsprechenden Gewässer noch deutlich erhöhen.

Vergleicht man die derzeitige Situation mit früheren Gütebildern, in denen das österreichische Gewässernetz in vergleichbarem Umfang dargestellt ist (wie z.B. den Gütekarten 1966/71, 1988, 1995, 1998, 2001 und 2002/2003 – siehe Tabelle), so sind die Sanierungserfolge deutlich

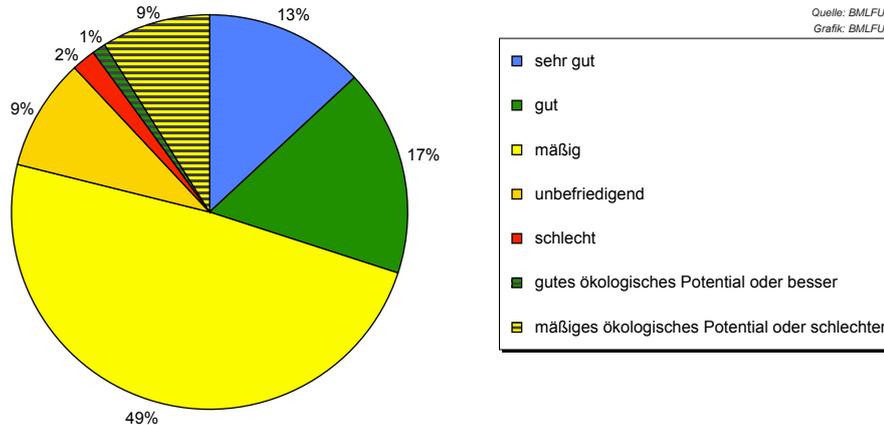
erkennbar. Der Anteil der Gewässerstrecken, die eine massive Belastung mit leicht abbaubaren organischen Stoffen (Gewässergüteklasse III und schlechter) aufweisen liegt derzeit bei maximal 1 %.

Seit 2007 werden die österreichischen Fließgewässer nach den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie untersucht: Die natürlichen Gewässer werden hinsichtlich des ökologischen und chemischen Zustandes, die als „erheblich verändert“ oder als „künstlich“ ausgewiesenen Gewässer werden hingegen hinsichtlich des ökologischen Potentials und des chemischen Zustandes bewertet.

2008 wurde im Rahmen der Erstellung des Entwurfs zum ersten Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan eine Bewertung aller Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet > 10 km² (insgesamt 31.000 km²) durchgeführt.

WA 1a Fließgewässer: Ökologischer und chemischer Zustand

Ökologischer Zustand/ ökologisches Potential der Fließgewässer Österreichs
mit Einzugsgebiet > 10 km²
Stand 2008



30 % der österreichischen Fließgewässer entsprechen dem sehr guten bzw. guten ökologischen Zustand. Die Ursachen für mangelnden ökologischen Zustand liegen in der intensiven Nutzung der Wasserkraft und den umfangreichen Hochwasserschutzmaßnahmen, die zu einer Veränderung der hydromorphologischen Bedingungen und zu einer Zielverfehlung bei 67 % der Fließgewässer geführt haben.

Die stofflichen Belastungen sind vergleichsweise deutlich geringer: organische Belastungen bzw. Nährstoffbelastungen ergaben sich 2008 für 21 % der Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet > 10 km²; nur bei 2 % zeigten sich Überschreitungen hinsichtlich der national geregelten Schadstoffe.

Datenquelle:

BMLFUW, Zustandsbewertungen im Rahmen des Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplanes (Stand Entwurf März 2009)

Definition:

Die Bewertung des Zustandes der Gewässer bezieht sich auf den Entwurf zur Qualitätszielverordnung Ökologie (Stand März 2009) sowie die Qualitätszielverordnung Chemie-Oberflächengewässer (BGBl. II Nr. 96/2006).

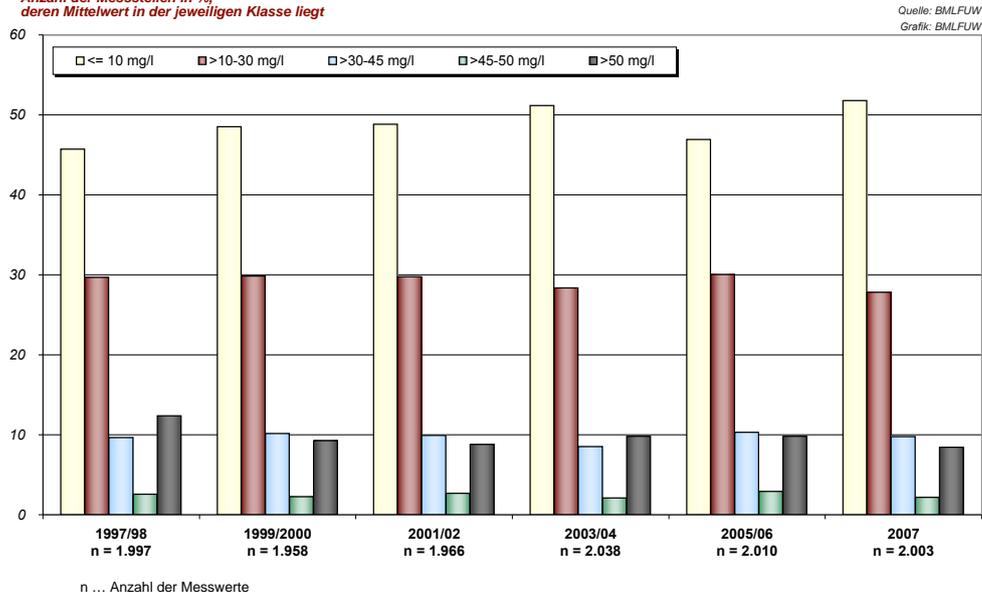
Der gute chemische Zustand, der sich auf die EU-geregelten Schadstoffe bezieht, war bei 99,5 % der österreichischen Fließgewässer gegeben. Nur bei 0,5 % der Fließgewässer war der chemische Zustand „schlechter“ einzustufen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass vor allem bei den kleineren Gewässern unter 100 km² Einzugsgebiet noch zusätzliche Monitoringergebnisse zur Absicherung der Zustandsbewertungen notwendig sind. Nur Zielverfehlungen, die mit hoher Sicherheit nachgewiesen sind, können einen Sanierungsbedarf auslösen.

WA 2 Grundwasserqualität

Entwicklung der Nitratgehalte in Österreichs Porengrundwässern 1997 – 2007

Anzahl der Messstellen in %, deren Mittelwert in der jeweiligen Klasse liegt



Datenquelle:

Ergebnisse der staatlichen Wassergüteehebung gemäß Hydrographiegesetz (BMLFUW)

Definition:

Erhöhte Nitratgehalte im Grundwasser sind meist auf intensive landwirtschaftliche Bodennutzung, flächenhafte Belastungen aus Siedlungsgebieten im Falle von undichten Entsorgungssystemen und Senkgruben, ungesicherte Deponien oder Altlasten und den atmosphärischen Eintrag zurückzuführen.

Intensive landwirtschaftliche Bodennutzung auf Standorten mit seichten Böden sind in den meisten Fällen ausschlaggebend für eine Gefährdung von Grundwasserkörpern.

Der Grenzwert für Nitrat bei Trinkwassernutzung liegt bei 50 mg Nitrat pro Liter. Der Vorsorgegrenzwert nach der Grundwasserschwellenwertverordnung liegt bereits bei 45 mg Nitrat pro Liter.

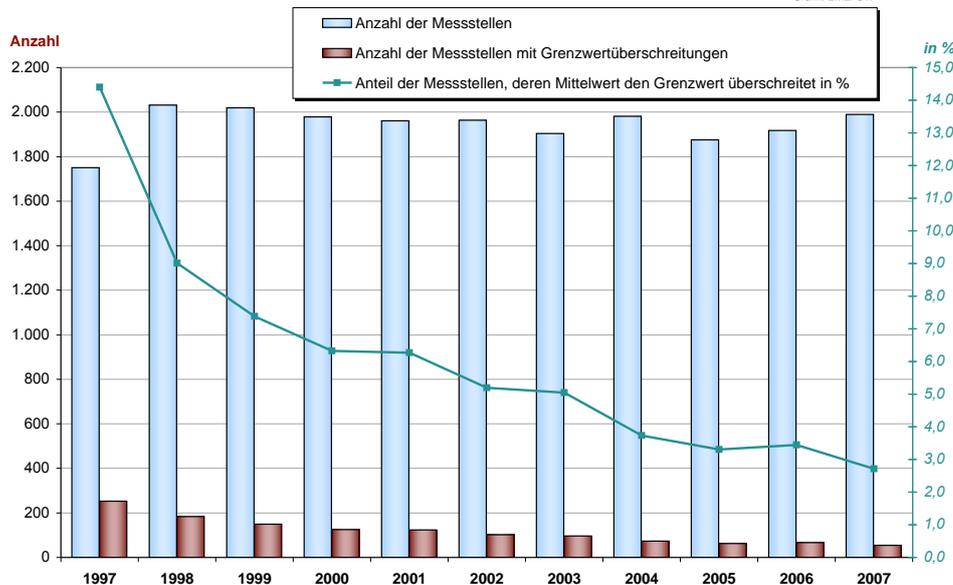
Die Entwicklung der Nitratgehalte in den Porengrundwässern zeigt seit 1997 eine deutliche Abnahme der Belastung. Allerdings waren die Werte zwischen dem Jahr 2001 und 2006 unübersehbaren Schwankungen unterworfen. Im Jahr 2007 erfolgte eine neuerliche Stabilisierung auf den bisherigen Tiefststand von 10,6 % gefährdeter Messstellen aus dem Jahr 2000, bezogen auf die insgesamt 2.003 beprobten Porengrundwasser-

messstellen. Bei einem Vergleich dieses Wertes mit den Angaben vom Vorjahr wird darauf hingewiesen, dass in die jetzige Darstellung auch die Messstellen von Kluft- und Karstgrundwasser einbezogen wurden, da die europäische Wasserrahmenrichtlinie flächendeckende Auswertungen fordert.

WA 2 Grundwasserqualität

Grenzwertüberschreitungen von Atrazin 1997 – 2007

Quelle: BMLFUW
 Grafik: BMLFUW



Entwicklungen der Grundwasserqualität bleiben jedoch vergleichbar zu den früheren Darstellungen.

Diese insgesamt positive Entwicklung ist auf eine Sensibilisierung in der Landwirtschaft für Gewässer schonende Bewirtschaftungsmethoden, auf Intensivierung der Umweltberatung, auf spezifische Grundwasser schützende Förderungsmaßnahmen, auf eine Erhöhung des Anschlussgrades an zentrale Abwasserentsorgungsanlagen und damit auf den Rückgang

des Eintrags von teilweise undichten Senkgruben und letztlich auch auf ein erweitertes Rechtsinstrumentarium zum Schutz des Grundwassers zurückzuführen.

Trotz Verbots des Einsatzes von **Atrazin** seit mehr als 10 Jahren überschreiten 54 von 1989 bzw. 2,7 % der Messstellen den Grundwasserschwellenwert. Dies ist insbesondere auf die meist sehr langsame Grundwassererneuerung (hohe Grundwasseralter) in einzelnen Grundwasser-

Datenquelle:
 Ergebnisse der staatlichen Wassergüteerhebung gemäß Hydrographiegesetz (BMLFUW)

Definition:

Bis Ende der 1980er Jahre wurde **Atrazin** als Unkrautbekämpfungsmittel in der Landwirtschaft sehr verbreitet eingesetzt. 1995 wurde die Zulassung auf Grund neuer Erkenntnisse in der Humantoxikologie aufgehoben.

Die Grenzwerte für eine Gefährdung des Grundwassers und für die zulässige Belastung des Trinkwassers liegen jeweils bei 0,1 µg/l.

Maßgebliche gesetzliche Grundlagen sind die Trinkwasserverordnung nach dem Lebensmittelgesetz, BGBl. Teil II Nr. 304/2001, und die Grundwasserschwellenwertverordnung, BGBl. Teil II Nr. 147/2002.

Headline-Indikator „Wasser“

Nitrat – Potentielle Beobachtungs- und Maßnahmenggebiete für Grundwasserkörper (Auswertung 2006/2007)		
Grundwasserkörper und Gruppen von Grundwasserkörper	Fläche in km ²	Status
Burgenland		
Hügelland Rabnitz (einschl. Niederösterreichischer Anteil)	498	Beobachtungsgebiet
Parndorfer Platte	254	Maßnahmenggebiet
Seewinkel	443	Beobachtungsgebiet
Stremtal	50	Beobachtungsgebiet
Wulkatal	386	Beobachtungsgebiet
Niederösterreich		
Marchfeld (einschl. Wiener Anteil)	942	Maßnahmenggebiet
Weinviertel (Donaeinzugsgebiet)	1347	Beobachtungsgebiet
Weinviertel (Marcheinzugsgebiet)	2008	Beobachtungsgebiet
Südl. Wr. Becken-Ostrand (einschl. Wiener Anteil)	209	Maßnahmenggebiet
Südl. Wr. Becken-Ostrand	276	Beobachtungsgebiet
Oberösterreich		
Traun-Enns-Platte	810	Beobachtungsgebiet
Steiermark		
Leibnitzer Feld	103	Maßnahmenggebiet
Unteres Murtal	195	Beobachtungsgebiet
Beobachtungsgebiete gesamt	6011	9
Voraussichtliche Maßnahmenggebiete gesamt	1508	4
Beobachtungs- oder voraussichtliche Maßnahmenggebiete gesamt	7519	13

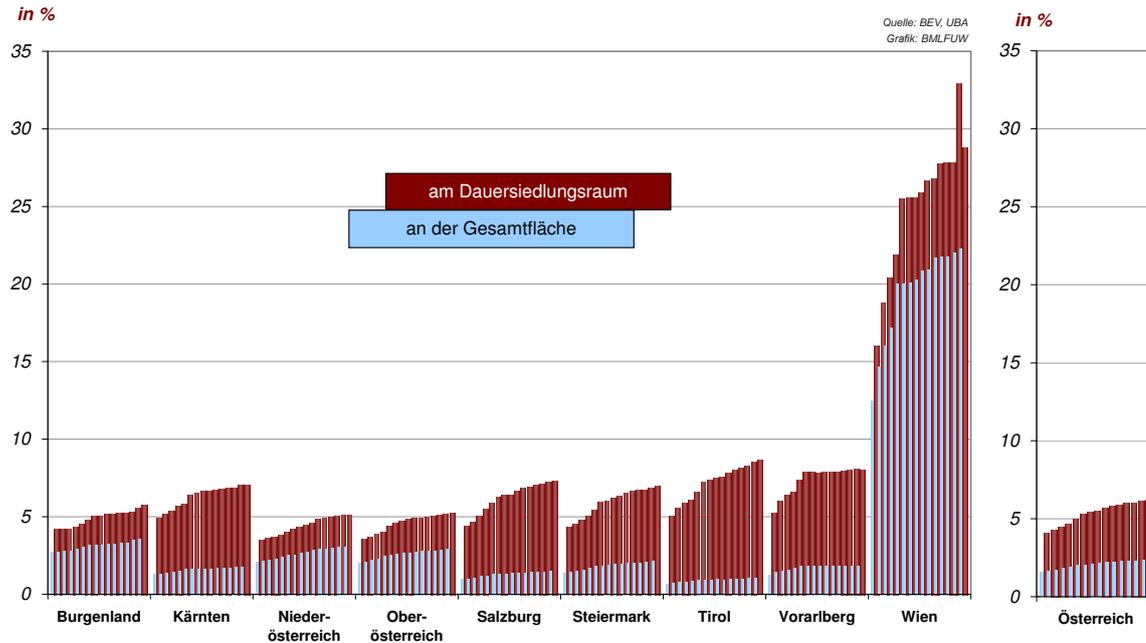
körpern zurückzuführen.

Weiters sind nach den rechtlichen Vorgaben (Wasserrechtsgesetz 1959 i.d.g.F. und Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG) auch jene Grundwasserkörper und Gruppen von Grundwasserkörpern zu berücksichtigen, bei denen ein signifikant und anhaltend steigender Trend festgestellt wurde und die Trendlinie den Ausgangspunkt für die Trendumkehr übersteigt. Die Über-

prüfung auf signifikante und anhaltend steigende Trends erfolgte für jene Grundwasserkörper, die entweder als Beobachtungsgebiet oder als voraussichtliches Maßnahmenggebiet bewertet wurden oder deren Gebietsmittelwert für die Jahre 2006/2007 75 % des Umweltqualitätszieles oder des Schwellenwertes überschritt. Ein derart steigender Trend wurde lediglich im Grundwasserkörper Leibnitzer Feld für den Parameter Nitrat festgestellt.

BO1a Anteil der versiegelten Fläche

Versiegelte Fläche 1995 – 2009



Datenquelle:
Berechnungen des Umweltbundesamtes auf Basis von Regionalinformationen der Grundstücksdatenbank des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen; Stand der Daten jeweils 1. 1. des angegebenen Jahres (1995-2009); Abfragedatum: Februar 2009

Definitionen:
Unter **versiegelter Fläche** wird die Summe der Bauflächen (bezüglich der Nutzungen: „Gebäude“ und „befestigt“ zu 100 % und der Nutzung „nicht näher unterschieden“ zu 30 %) sowie der Sonstigen Flächen (bezüglich der Nutzungen „Straßenanlagen“ zu 60 % und der Nutzung „nicht näher unterschieden“ zu 10 %) verstanden. Die **Gesamtfläche** ist die Summe aus den Flächen aller Benützungsarten. Der **Dauersiedlungsraum** umfasst die Summe der Flächen der Benützungsarten Baufläche mit allen Nutzungen („Gebäude“, „befestigt“, „begünt“ und „nicht näher unterschieden“), landwirtschaftlich genutzte Fläche, Gärten, Weingärten sowie der Sonstigen Flächen mit den Nutzungen „Straßenanlagen“, „Bahnanlagen“, „Abbaufächen“ und „nicht näher unterschieden“.

Im Jahr 2008 sind etwa 1.940 km² von Österreich versiegelt, die Summe aus Bau- und Verkehrsflächen beträgt etwa 4.416 km². In relativen Zahlen umfasst die versiegelte Fläche Österreichs zwar nur 2,3 % des Staatsgebietes, auf Grund der topographischen Bedingungen ist die Ressource Boden jedoch nur sehr eingeschränkt für Siedlungs- und Verkehrstätigkeit nutzbar. Lediglich 37 % der Gesamtfläche Österreichs stehen als Dauersiedlungsraum für die Nutzungen Landwirtschaft, Siedlung und Verkehr zur Verfügung. Bezogen auf den Dauersiedlungsraum nehmen die versiegelten Flächen mehr als 6 % ein, mit ungebrochen steigender Tendenz. Die höchsten Werte des Anteils der versiegelten Fläche am Dauersiedlungsraum erreichen hierbei neben Wien die stark alpin geprägten Bundesländer, wie Vorarlberg mit 8,0 %, Tirol mit 8,6 % und Salzburg mit 7,3 %.

Seit 1995 stieg die Zunahme der versiegelten Fläche österreichweit um mehr als 170 % an. Aus dem Ziel der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie ergibt sich eine beabsichtigte Reduktion der versiegelten Fläche auf 1 Hektar pro Tag für ganz Österreich. Im dreijährigen Schnitt (2007-2009) beläuft sich die versiegelte Fläche auf mehr als 8 ha/Tag. Damit liegen die derzeitigen

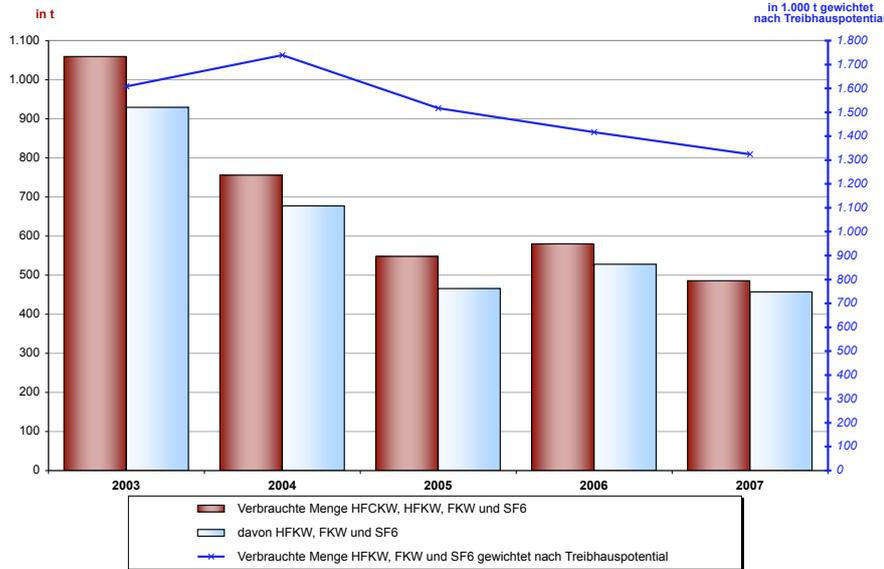
Trends um das Achtfache über dem Zielwert. Vergleicht man die Dreijahresperiode 2007-2009 mit der Vorperiode 2004-2007, so ist nur in den Bundesländern Vorarlberg, Salzburg und Wien eine Abschwächung der Verbrauchsrates festzustellen.

Bei der Beurteilung von Trends auf Basis der Regionalinformation ist mit Nachdruck auf die Unsicherheit der Datengrundlage hinzuweisen. Da die Nutzungsausweisungen in der digitalen Katastralmappe des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen nur im Anlassfall erfolgen, können in der Realität stattfindende Neuverbauungsraten oftmals erst mit einigen Jahren Verspätung in der Regionalinformation abgelesen werden. Daher sollten Trends nur bei Betrachtung entsprechend großer Zeiträume interpretiert werden.

Der Indikator beschreibt nur den „Bodenverbrauch“ durch Versiegelung, nicht aber durch andere Nutzungen. Um für den „Bodenverbrauch“ in umfassenderer Form Aussagen treffen zu können, bringt der Indikator LA 1a eine Ergänzung.

TS 1a Verbrauch bestimmter Stoffe

Verbrauch von bestimmten Halogenkohlenwasserstoffverbindungen und Schwefelhexafluorid 2003 – 2007



Quelle: UBA
 Grafik: BMLFUW

Die Grafik zeigt die eingesetzte Menge von meldepflichtigen Stoffen, nämlich der Fluor-Gase (HFCKW, FKW, SF₆) und der gemeldeten teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (HFCKW).

Um die Auswirkungen auf die Umwelt einzubeziehen, wurde für die Fluorgase auch die mit dem Treibhauspotential der einzelnen Stoffe gewichtete Menge eingetragen.

Die entsorgte Menge dieser Stoffe hat von 13 t im Jahr 2003 auf 20 t im

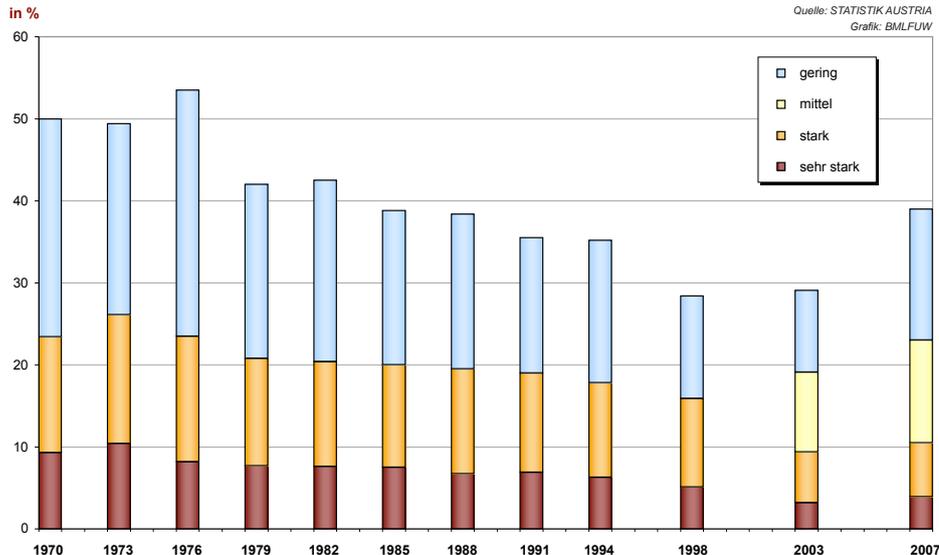
Jahr 2005 zugenommen. Im Jahr 2007 wurden wegen des Ausstiegs aus der Verwendung von HFCKW nur mehr 5 t entsorgt.

Für Halone, das sind Halogenkohlenwasserstoffverbindungen, die Brom oder Jod enthalten, wurde mit der Halonbankverordnung vom März 2000 ein System geschaffen, das die Sammlung von Halonen organisiert. Jeder Besitzer von Halonen kann diese kostenlos in die Halonbank einspeisen und „kritische Verwender“ können aus der Halonbank ihren Bedarf decken. Die Halonbank dient somit als zentrale Sammel-, Lager- und Verwaltungsstelle und koordiniert die Versorgung der „kritischen Verwendungen“ mit Halonen und unterstützt damit die Vermeidung der Neuproduktion von Halonen.

Zur umfassenden Beschreibung der Auswirkungen des Einsatzes von Chemikalien mittels eines Indikators müssten auch andere Stoffe und toxische Wirkungen einbezogen werden.

LÄ 1 Lärmbelästigung

Anteil der Bevölkerung, die sich am Tag und/oder in der Nacht durch Lärm belästigt fühlt 1970 – 2007



Die Erhebungen zeigen für den Anteil der Bevölkerung, der sich durch Lärm gestört fühlt, eine Abnahme von 50,1 % im Jahr 1970 auf 28,3 % im Jahr 1998. Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der ab dem Jahr 2003 durchgeführten Befragung sind gewisse Unterschiede durch die Einführung der Antwortkategorie „mittel“ zu berücksichtigen. Im Jahr 2003 betrug der Prozentsatz der Personen, die angaben, sich durch Lärm belästigt zu fühlen 29,2 %, im Jahr 2007 38,9 %. Vor allem der Anteil der „geringfügig“ gestörten Personen ist gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass Lärmschutzmaßnahmen vor allem in Zonen mit hoher Lärmbe-

lastung realisiert werden.

Insgesamt 64,2 % der 2007 Befragten, die sich durch Lärm belästigt fühlen, geben Straßen-, Schienen- oder Flugverkehr als Lärmquelle an. Straßenverkehr wird dabei am weitaus häufigsten als Ursache genannt. Die Zunahme der durch Verkehrslärm gestörten Personen von 2003 auf 2007 ist jedoch deutlich geringer als die Zunahme der insgesamt durch Lärm gestörten Personen. Besonders stark angestiegen ist der Anteil der durch „andere Quellen“ gestörten Personen.

Datenquelle:

„Umweltbedingungen, Umweltverhalten, Ergebnisse des Mikrozensus“ der Statistik Austria im Auftrag des BMLFUW

Definition:

In Privathaushalten lebenden Personen im Alter von mindestens 15 Jahren wird die Frage gestellt, ob sie sich in ihrer Wohnung untertags und/oder nachts durch Lärm gestört fühlen.

Redaktion: „Arbeitsgruppe Indikatoren“ des Komitees für ein Nachhaltiges Österreich
in Abstimmung mit den NachhaltigkeitskoordinatorInnen der Länder.

Projektkoordination: Mag^a. Ingeborg Fiala, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft, Stubenring 1, 1012 Wien.
e-mail: ingeborg.fiala@lebensministerium.at

Grafische Gestaltung/Layout: Peter Bayer, bayer@adgrafik.com

Gedruckt auf Umweltpapier mit Umweltfarben

Datenstand: März 2009

Copyright-Vermerk:

© Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Außer zu kommerziellen Zwecken ist bei Quellenangabe ein Nachdruck gestattet.

Informationen zu Landwirtschaft, Lebensmittel, Wald, Umwelt und Wasser:

www.lebensministerium.at



lebensministerium.at

Die Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH hebt gezielt die Bedeutung regionaler Spezialitäten hervor:

www.genuss-region.at



Die Kampagne vielfalt**leben** trägt bei, dass Österreich bei der Artenvielfalt zu den reichsten Ländern Europas gehört:

www.vielfaltleben.at



Das Aktionsprogramm des Lebensministeriums für aktiven Klimaschutz:

www.klimaaktiv.at



Die Jugendplattform zur Bewusstseinsbildung rund ums Wasser:

www.generationblue.at



Das Österreichische Umweltzeichen ist Garant für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen:

www.umweltzeichen.at



Der Ökologische Fußabdruck ist die einfachste Möglichkeit, die Zukunftsfähigkeit des eigenen Lebensstils zu testen. Errechnen Sie Ihren persönlichen Footprint unter:

www.mein-fussabdruck.at



www.mein-fussabdruck.at

Das Internetportal der Österreichischen Nationalparks: www.nationalparksaustria.at



„Bio“ bedeutet gesunde, hochwertige Lebensmittel, die keine Spritzmittel oder Antibiotika enthalten: www.biolebensmittel.at





lebensministerium.at